

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
F. A. C. Geyer
Fernsprecher: Rini Deußoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. Sept. 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Kampf um den Sozialismus!

Ein Rückblick auf den 14. September 1930.

SPD. Am 14. September ist ein Jahr seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 verflossen, die Nationalsozialisten und Kommunisten eine so starke Vermehrung ihrer Mandatszahl brachte, dass die parlamentarische Arbeit in den bisherigen gewohnten Formen des parlamentarischen Lebens unmöglich wurde. An diesem Tag wurde jener Reichstag geboren, in dem der organisierte Radau und das Rowdytum von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken den Ton angab. Diese Wahl war eine ausgesprochene Krisenwahl. Die Angehörigen des proletarisierten Mittelstandes warfen sich in Massen der faschistischen Partei in die Arme. Die gesamte bürgerliche Front geriet ins Wanken. Selbst in den sogenannten Mittelparteien kapitulierte man geistig vor dem Faschismus. Wie gelähmt starrten die bürgerlichen Parteien auf diese Wahl. Sie erwarteten den Staatsstreich der Sieger, ohne den Willen, ihm Widerstand entgegenzusetzen. Die sozialdemokratische Partei hat sich vom ersten Tag nach der Wahl an der faschistischen Welle entgegengeworfen. Ihr energisches und geschicktes Auftreten hat den faschistischen Staatsstreich verhindert. Ihr ist es zu danken, dass der Rahmen der demokratischen Verfassung nicht vollständig zersprengt wurde.

Der Jahrestag dieser Wahl sollte allen, die am 14. September 1930 mit Nationalsozialisten und Kommunisten für die Politik des Selbstmordes eingetreten sind, Anlass sein, Abrechnung mit sich selbst darüber zu halten was sie getan und herbeigeführt haben! Die erste Wirkung dieser Wahl war eine vollständige Erschütterung des deutschen Kredits im Ausland. Ungefähr eine Milliarde Mark an Auslandskrediten wurde aus Deutschland abgezogen. Damit war der Anfang zu weiterer katastrophaler Zuspitzung der Wirtschaftskrise, zur Verschärfung der Krise der Arbeitslosigkeit gemacht. Ohne die sozialdemokratische Partei wäre unmittelbar nach der Wahl die Katastrophe hereingebrochen. Die sozialdemokratische Partei hat sich mit ihrer Politik der Abwehr des Faschismus zugleich gegen die katastrophale Zuspitzung gestellt und hat damit die Interessen des Volkes und namentlich der Arbeiterschaft geschützt. Dies Jahr der Aktivität der sozialdemokratischen Massen und des Kampfes gegen den politischen Wahnsinn war zugleich ein Jahr des Kampfes mit politischen Mitteln gegen die letzte und äusserste Katastrophe, die durch die nationalsozialistisch-kommunistische Welle hereinzubrechen drohte.

Die sozialdemokratische Partei hat sich nicht gegen die Katastrophe des kapitalistischen Systems gestellt, sondern gegen die Katastrophe der Volkswirtschaft, gegen die Katastrophe der Versorgung des Volkes. Es ist selbstverständlich, dass die beste politische Strategie und die stärkste Aktivität der sozialdemokratischen Massen den 14. September 1930 nicht aus der Welt schaffen konnten, sie haben lediglich seine Wirkung abzuschwächen vermocht. Trotzdem blieb die Auswirkung dieser Wahl verhängnisvoll genug! Die Bürokratie im aus-

wärtigen Dienst des Reiches hat sich im Laufe dieses Jahres bei verschiedenen Gelegenheiten von der Politik Stresemanns abgekehrt. Der Kurs der deutschen Aussenpolitik ist durch die Anziehungskraft der äussersten Rechten auf die Bürokrate bedenklichen Schwankungen unterworfen worden. Es sind Experimente unternommen worden, die in ihrer letzten Wirkung in derselben Richtung gewirkt haben wie die Wahl vom 14. September 1930. Hinzu tritt die Tatsache, dass in der Reichsregierung ein ausgesprochener Interessentenminister, der Minister der Grossagrariere, Herr Schiele, hemmungslos die Sache der Grossagrariere vertreten kann, so als ob es keine Not und keine Wirtschaftskrise gebe. Und schliesslich hat der blutige Kleinkrieg, der in den Strassen der deutschen Städte ununterbrochen geführt wird, das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität der deutschen Verhältnisse mit untergraben.

Eines aber ist im Laufe dieses Jahres der sozialdemokratischen Strategie gelungen: Sie hat verhindert, dass der Hereinbruch des politischen Chaos die ungeheure Schuld der kapitalistischen Selbstherrscher verdeckt hat. Der grosse Zusammenbruch von Grosskonzernen und Grossbanken, der im letzten Viertel dieses Jahres eingetreten ist, wird darum dem Volke in seinen Ursachen erkennbar. Der Plan der bankrotten Wirtschaftsführer, ihren Bankrott und ihre ungeheure Schuld durch einen faschistischen Staatsstreich zu überdecken, ist zunichte gemacht worden!

Heute, ein Jahr nach der Wahl vom 14. September 1930, hat der grosse Zusammenbruch der Zeit den Stempel aufgedrückt. Das Geschrei gegen den Marxismus ist verstummt, die Lüge von der marxistischen Misswirtschaft zusammengebrochen. Immer tiefer dringt die Erkenntnis ins Volk, dass die letzte Zuspitzung der Not der Ausfluss des kapitalistischen Systems, die Schuld der Führer des Finanzkapitals und der Schwerindustrie ist, die ihre wirtschaftliche Macht zugleich politisch gegen das Volk missbraucht haben. Mit dem Anwachsen der Volksstimmung gegen das kapitalistische System wird zugleich sichtbar, dass die Parteien, die der Wahl vom 14. September 1930 das Gepräge gegeben haben, in dieser geschichtlichen Situation ihren Wählern nichts zu sagen haben! Die scheinsozialistischen Phrasen der Hitlerpartei sind verhallt. Die Abhängigkeit dieser Partei von den bankrotten Wirtschaftsführern, ihre Subventionierung durch die Herren der Schwerindustrie sind im Laufe des Jahres sichtbar geworden. Ein Jahr hat genügt um ihr wahres Wesen zu enthüllen: Sie sind die letzte Schutzgarde eines bankrotten kapitalistischen Führertums. Bei den Kommunisten regiert die scheinrevolutionäre Phrase die Stunde. Von einem ernsthaften Kampf gegen die kapitalistischen Bankrotteure ist bei ihnen so wenig die Rede, dass sie sich zur Hilfstruppe der Nationalsozialisten und der kapitalistisch grossagrarisches Reaktion beim Volksentscheid gegen die Preussenregierung herabgewürdigt haben.

Die Stunde wird heute beherrscht von dem Bankrott der kapitalistischen Führer in Grossfinanz und Schwerindustrie. In dieser Stunde zeigt die sozialdemokratische Partei dem Volke die geschichtliche Linie. Ihre Forderungen der Staatskontrolle über Grossbanken und Schwerindustrie bewegen sich auf der Linie der geschichtlichen Notwendigkeit. Sie sind völlig im Einklang mit der wachsenden Ueberzeugung des Volkes, dass das kapitalistische System, das die Schuld an der Not von heute trägt, unhaltbar geworden ist. Jetzt gilt es, die kapitalistischen Selbstherrscher zu entmachten, es gilt an entscheidenden Punkten die Herrschaft des Staates über die Wirtschaft vorzubereiten und die ersten Forderungen, die dem dienen, sind die Forderungen der Staatsherrschaft über das Finanzkapital und über die Schlüsselindustrie!

Am 14. September 1930 gab die geistige Verwirrung des Volkes, der Nebel der nationalsozialistischen und kommunistischen Phrasen der Stunde das Gepräge. Heute hat der harte Gang der kapitalistischen Krise die grossen geschichtlichen Klassengegensätze in der Gesellschaft durch den Nebel hindurch sichtbar werden lassen und hat die Lehren des Marxismus bestätigt. Dies Jahr des Kampfes hat die Kerntruppen des Sozialismus, hat die sozialdemokratische Partei innerlich und organisatorisch gestärkt. Sie wird ihren Kampf

unermüdlich fortsetzen. Er gilt nicht nur den faschistischen Hilfstruppen des Kapitalismus, er führt heute zum unmittelbaren Angriff gegen die Kernwerke der kapitalistischen Macht, gegen die Beherrschung der Grossbanken und der Schlüsselindustrie durch kapitalistische Finanzmagnaten und Industriehäuptlinge. Ein Jahr nach jener Reichstagswahl, die nach dem Willen des bankrotten kapitalistischen Führertums dem Sozialismus eine entscheidende Niederlage beibringen sollte, ist der Kampf um den Sozialismus zur unmittelbaren Gegenwartsaufgabe geworden!

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Der Führer der indischen Freiheitsbewegung Gandhi ist am Freitag morgen auf dem Wege zur Londoner Indienkonferenz an Bord eines Dampfers in Marseille eingetroffen und hat nachmittags seine Reise mit der Bahn fortgesetzt. Am Sonntagabend früh wird er in Paris erwartet, wo Gandhi sich nur kurze Zeit aufhalten wird.

Die Ankunft Gandhis in Marseille hatte ein ganzes Heer von Journalisten und Photographen an den Hafen gelockt, die nach dem Anlegen des Dampfers an Bord stiegen und Gandhi umringten. Gandhi liess sich bereitwillig photographieren und erklärte auf einige Fragen, dass sein Programm das des Kongresses von Delhi im Jahre 1922 sei und dass er dem König von England einen Besuch abstatten werde, wenn dieser ihn darum bitte. Auch den Präsidenten Doumer werde er während seines Pariser Aufenthalts besuchen.

Die Privatsekretärin Gandhis gab dann eine ausführlichere Erklärung über die Absichten Gandhis in England ab: "Wenn die Londoner Konferenz scheitert, wird Gandhi nicht länger in England bleiben. Er will jedoch zum englischen Volk, vor allem den Arbeitern sprechen, die am meisten unter der Entwicklung der Industrie in Indien zu leiden hätten. Er will ihnen die Lage von Millionen von Indern auseinandersetzen und in Zusammenarbeit mit den englischen Arbeitern ein Aktionsprogramm festlegen, das den Interessen der beiden Länder entspricht. Auf der Konferenz wird Gandhi die Autonomie Indiens, aber nicht die Trennung von England verteidigen. Er wird den Engländern sagen, dass die lokale Industrie ermutigt werden müsse, denn sie sei die Grundlage des Reichtums und des Wohlergehens für die indische Bevölkerung. Gandhi wird ferner das Verschwinden der Kastenunterschiede verlangen, die manchmal grausam und immer ungerecht sind."

Vormittags gegen elf Uhr verliess Gandhi mit seinem Gefolge den Dampfer und begab sich zur Marseiller Studentenvereinigung, die ihm einen warmen Empfang bereitete und in einem indischen Restaurant ein Bankett zu seinen Ehren gab.

SPD. Madrid, 11. September (Eig. Drahtb.)

Der Kriegsminister kündigt eine Erhöhung der Löhne der Armee um 25 Centimes pro Kopf zur Verbesserung der Verpflegung an. Der bekannte Exminister Melquiades Alvarez übernimmt die Verteidigung von General Damaso Berenguer, die der anderen Generäle übernimmt der junge Agrarabgeordnete Gil Robles. Die klerikale Zeitung "Libertad Vasca" in Bilbao ist verboten worden.

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Kolonialminister Reynaud hat sich am Freitag-Nachmittag in Marseille an Bord eines französischen Ostasiendampfers zu einer längeren Inspektions- und Studienreise nach Französisch-Indochina und zu einem Besuch in Niederländisch-Indien eingeschifft.

SPD. Genf, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die vor einem überfüllten Saal gehaltene Rede Briands brachte in der heutigen Morgensitzung der Völkerbundsversammlung in allem die Antwort auf Lord Cecil's dringende Fragen. Deutschland und Frankreich würden in Berlin ernst über Taten der Verständigung sprechen und eine wirklich fühlbare Herabsetzung aller Rüstungen sei sofort möglich, wenn die Abrüstungskonferenz als Voraussetzung dafür die Garantie der gegenseitigen Hilfe gegen den Angreifer beschliesst.

Damit ist eine ganz neue These für die Abrüstungskonferenz gestellt, die bisher nur für die rein technische Rüstungsbeschränkung zuständig sein sollte.

Die Versammlung überwies zu Beginn der Aussprache die deutsche Resolution über die Minderheitenfrage und die norwegische über die Mandate an die 6. Kommission. Damit ist die ständige Beratung des Minderheitenschutzes wiederum gesichert. Der chinesische Vertreter Kse bedankte sich als erster Redner in Fortsetzung der Generalaussprache für die technische Hilfe in China, begrüßte die Abrüstungsbemühungen und besonders die Ergebnisse der Weltrauschgiftkonferenz.

Briand, mit mehrfach sich erneuerndem Beifall begrüßt, stellte eingangs fest, er sei glücklich, trotz zeitweiliger Befürchtungen hier zu stehen. Die Versammlung sei nicht unter günstigen Vorzeichen zusammengetreten. Die ungünstigen Gerüchte seien nur möglich, da der Völkerbund mächtig geworden sei und daher niemand mehr einen offenen Angriff wage. Der Völkerbund wie die Völker selbst hätten zeitweilig Tiefen zu durchleben. Die unglückliche Stunde des Völkerbundes sei eine der letzten Ausläufer des Krieges. Nach ihm seien die Völker von einer Manie nach Produktion nur nach eigenem Ermessen ergriffen worden. Jetzt räche sich das in einem anarchischen Zustand und jetzt suche man nach Mitteln zur Heilung. In diesem Augenblick erinnere man sich des Völkerbundes und frage, was er getan habe und zu tun gedenke. Diese Vereinigung könne aber dem Individualismus nicht den Geist der Zusammenarbeit aufdrängen, wenn er ihr nicht zugebracht werde. Wer sich der Gründung des Völkerbundes erinnere, so wisse man, mit wieviel Entmutigungen sie erschwert wurde. Man wollte ihn lächerlich machen, aber heute sind seine Wurzeln zu tief im Verantwortungsgefühl der Völker versenkt, als dass ihn heimliche Gegner umstürzen könnten. Der Völkerbund ist heute allein die Stelle, wo die Lösungen gefunden werden und der Krieg vermieden werden kann.

Briand wies dann an Hand der Tätigkeitsberichte die umfangreiche Arbeit des Völkerbundes nach, in denen überall der Geist Genfs zu spüren sei. Alle Probleme interessierten alle Völker der Welt. Der moralische Einfluss des Völkerbundes zeige sich auch in den Beziehungen und in der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die nur durch die Hilfe des Völkerbundes möglich gewesen sei. Er bezeuge, dass England nie aufgehört habe, diesen Versuchen seine Hilfe zu leihen und sie durch seine Unterschrift zu unterstreichen. Deshalb protestiere er mit Lord Cecil gegen die Verleumdung Englands, es habe die Annäherung verhindern wollen. In beiden Ländern hätten sich die Männer der Verständigung zwischen den Stößen der Gegner befunden. Das sei bei dem schlechten Wetter für ihn eine Art gewohnten Rheumatismus gewesen. Die führenden Männer Frankreichs werden am Ende dieser Versammlung nach Berlin gehen und unter den Augen des deutschen Volkes selbst mit den deutschen Führern sprechen, und dabei handelt es sich nicht nur um eine Geste, sondern um eine Aussprache, die zu Taten führen soll, wenn mir das Glück dieses gemeinsamen Erfolges beschieden ist. Die Ereignisse haben uns das moralische Recht gegeben zu diesen Zusammenkünften, die der Tätigkeit des Völkerbundes nur weitere Stützen sind. Bestimmte wirtschaftliche Fortschritte würden durch bereits erreichte Phasen der politischen Beruhigung erreicht.

Briand wandte sich dann der Abrüstungskonferenz zu. Frankreich denke nicht an ihre Verschiebung (Beifall), es widersetze sich direkt jedem Versuche dazu; hier ist eine heilige Verpflichtung und wenn der Völkerbund sie nicht erfülle, hätte er in einer seiner wichtigsten Aufgaben Schiffbruch gelitten.

Der Geist der Völker sei nicht mehr auf Rüstung gerichtet. Wieder stellte er die bereits geforderte Verminderung der französischen Dienstzeit auf. Der Termin sei gegeben, ihn nicht halten, ein Bankrott. Hinter dem noch nicht vollendeten Bild des Völkerbundes zeichnen sich die Umriss des endgültigen Bildes ab, das seine Gründer wollten. Die Ersetzung der Gewalt durch den Frieden geschah weiter Schritt für Schritt. Die Geschichte des letzten Krieges hat den Völkern die Liebe zum Frieden eher eingehämmert. Sie wollen im Frieden arbeiten. Auch er selbst werde Vorschläge für die Abrüstungskonferenz machen, von denen er hoffe, dass sie einen vollen Erfolg haben. Frankreich habe sich das Recht der Verteidigung seiner Unabhängigkeit gewahrt, aber sich dem Haager Gerichtshof abgeschlossen. Das sei im Interesse der Sicherheit. Er selbst habe alles getan, um die Garantie der Sicherheit zu erhöhen.

Trotz allem, der Krieg sei verdammt als Verbrechen gegen die Menschheit, aber es bleiben die Fälle, in denen der Krieg doch eintreten könne. Der Völkerbund habe versucht, dieses furchtbare Fragezeichen durch ein menschliches System zu beseitigen. Wenn daraus das grosse Abkommen der gegenseitigen allgemeinen Unterstützung hervorgegangen wäre, so wäre die Aufgabe der Abrüstungskonferenz viel einfacher. Leider geschah das nicht. Wenn die Völker am 2. Februar versammelt sind, ist das eine historische und entscheidende Stunde. Es genüge, dass sie das grosse zusätzliche Wort der gegenseitigen Unterstützung aussprechen, dass der Krieg in keinem Falle auch eintreten könne und wenn die Völker die Gründe haben, dieses ernste Wort auszusprechen, dann könnten die Völker illuminieren und ihre Rüstungen weitgehend herabsetzen. Denn dann sei die feierliche und ausreichende Möglichkeit zu dieser Garantie des Menschheitsfriedens gegeben. (Lebhafter Beifall.)

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die radikale "Ere Nouvelle" spricht in ihrem Leitartikel ihre Befriedigung darüber aus, dass trotz der Manöver der reaktionären Presse in Frankreich und Deutschland, die jeden Annäherungsversuch zwischen den beiden Ländern verhindern wolle, der französische Ministerbesuch in Berlin endgültig auf den 27. und 28. September festgesetzt worden ist. Die Berliner Besprechungen, die eine Entspannung und vielleicht eine Verständigung herbeiführen sollen, würden zweifellos von dem republikanischen Deutschland mit Ungeduld erwartet. Es sei auch sicher, dass sie sich infolge des deutschen Verzichts auf die Zollunion in einer ruhigen Atmosphäre abwickeln werden. Daraus dürfe man aber nicht schliessen, dass die französischen Staatsmänner mit vollen Händen nach Berlin kämen und Deutschland die endgültigen Heilmittel für seine Leiden bringen werden. Sicherlich sei Frankreich bereit, gegenüber Deutschland eine Politik der Zusammenarbeit einzuschlagen, eine wirksame Zusammenarbeit sei aber nicht möglich, so lange Brüning den Nationalisten nachgebe und sich Hugenberg anzunähern versucht, unter gleichzeitiger Entfernung von den Sozialdemokraten. Das Heilmittel für die deutschen Schwierigkeiten habe also Deutschland selbst in der Hand.

SPD. Karlsruhe, 11. Sept. (Eig. Drahtb.)

Staatspräsident Wittemann ist am Donnerstag-Abend um elf Uhr im Alter von 65 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Mit Wittemann verliert das badische Zentrum einen seiner fähigsten Köpfe. Er gehörte seit 1905 dem badischen Landtag an. Bei der Regierungsbildung nach den badischen Landtagswahlen im Jahre 1929 übernahm er das Innenministerium, bei der Neubildung der Regierung im Juli dieses Jahres trat er an die Spitze des Justizministeriums und wurde zugleich Staatspräsident.

SPD. Hamburg, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die Hamburger Sozialdemokratie eröffnete den Wahlkampf um Hamburg am Donnerstag abend mit einer ausserordentlich eindrucksvollen zentralen Kundgebung unter freiem Himmel. Aus allen Stadtteilen waren zehntausende Männer und Frauen in endlosen Zügen heranmarschiert. Zu den Massen sprachen Reichstagsabgeordneter Sollmann und der Hamburger Fraktionsführer Podeyn. Sollmanns Rede war eine unerbittliche Kampfansage an den Kapitalismus, der das Elend unserer Tage verursacht habe, ein leidenschaftlicher Kampf Ruf gegen Nazis und Kommunisten, die nichts getan haben, um dem deutschen Arbeiter zu helfen, aber alles, um die Krise bis an den Rand der Katastrophe und die Not der Arbeiterschaft bis zur Verzweiflung zu treiben. Die Sozialdemokratie dagegen habe noch bis in die letzten Tage hinein für eine Revision der Notverordnungen, von denen keine die Unterschrift eines Sozialdemokraten trage, mit positivem Erfolge gekämpft. Die Hamburger Wahl sei kein lokales Ereignis. Die Welt blicke auf Hamburg, weil diese Wahl die bedeutsamste sei nach dem 14. September 1930. Wir kämpfen für eine Arbeiterregierung. Stärkt diesen Kampf durch den Kampf für ein rotes Hamburg in der schwarzrotgoldenen Republik, so rief Sollmann den Arbeitermassen Hamburgs unter brausendem Beifall zu. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Podeyn rief zum Kampf gegen eine Politik der Revolver und der Revolverschnauzen und für eine Politik des sozialistischen Aufbaues auf. Der Beifall der Massen war ein gewaltiges Bekenntnis zur Sozialdemokratie.

SPD. Liegnitz, 11. September (Eig. Dr.)

Am Freitag mittag fand in Liegnitz eine grosse Landwirteversammlung statt, in der der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth-Berlin, eine grosse Programmrede hielt. Er stellte als Forderungen des Reichslandbundes auf: 1) Drosselung der Auslandseinfuhr agrarischer Produkte; 2) Erhöhung der Preise für agrarische inlandsprodukte; 3) Senkung aller Zinslasten für die Landwirtschaft, und 4) Steuern- und Gebührensenkung. - Die Agrarier sind unbelehrbar - sie wollen lieber das Volk bei vollen Scheuern verhungern lassen, als ihren Anteil an der Krise auf sich zu nehmen.

SPD. Breslau, 11. September (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Roheitsakt eines Agrariers wird aus Beilau bei Canth gemeldet. Dort schoss der Gutsbesitzer Stelzer auf einen Landarbeiter, als dieser seinem Arbeitgeber eine Lohnforderung überreichte. Der Arbeiter trug erhebliche Verletzungen an Rücken und Beinen davon. Der Besitzer, gegen den bereits ein Verfahren wegen Körperverletzung schwebt, weil er kürzlich den Gemeindevorsteher mit dem Messer bearbeitete, äusserte nach der Tat: "Schade, dass ich ihn nicht in den Bauch getroffen habe."

SPD. Madrid, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die Politische Untersuchungskommission über den Staatsstreich von 1923 hat ihre Tätigkeit eröffnet. Sie wird zunächst den Prozess gegen die Generale Damaso, Berenguer und Navarro und Munoz Cobos durchführen. Sie beschloss ausserdem, das gesamte letzte Kabinett Alhucemas zu vernehmen. Unterkommissionen sind in Barcelona und Jaca an Ort und Stelle tätig.

Ein Gerücht über angebliche monarchistische Umtriebe des Sekretärs Mar-tinetz Aridos scheint bedeutungslos. Durch einen Generalstreik liegen im Hafen Gijon 30 Schiffe bewegungslos. Heute beginnt Aussprache der Cortes über die einzelnen Paragraphen der Verfassung.

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Auf dem Flugplatz Le Bourget sind am Freitag-Vormittag zwei französische Flugzeuge gestartet, um neue Entfernungs-Weltrekorde in gerader Linie aufzustellen. Das Flugzeug "Bindestrich II" startete um 6,08 Uhr unter Führung der Flieger Doret und Lebrix, das Flugzeug "Fragezeichen" um 6,16 Uhr unter Führung der Flieger Codos und Robida. Trotz der schweren Belastung der Flugzeuge gingen die Starts ohne Zwischenfall vonstatten. Beide Apparate haben den Weg nach Osten eingeschlagen und wollen versuchen über Berlin, Königsberg, Moskau und Sibirien bis nach Japan zu gelangen.

SPD. Braunschweig, 11. Sept. (Eig. Dr.)

Die braunschweigische Notverordnung ist erschienen. Sie schraubt die Dienstbezüge der Beamten und Lehrer auf die im Reich und in Preussen gezahlten Dienstbezüge herab. Getroffen werden allerdings nur die mittleren und unteren Besoldungsgruppen, da die Oberbeamten ohnehin unter den betreffenden Reichsgruppen liegen. Bei den Lehrern sind auch die Zulagefristen erheblich verlängert. Bei den Staatsbeamten sollen 170 000 Mark, bei den Lehrern 518 000 Mark eingespart werden. Die Einzelgehälter und Ministerialratsgehälter werden den Ministergehältern angeglichen und bleiben in Zukunft unter 12 000 Mark. Alle übrigen Gehaltssätze der Oberbeamten bleiben unberührt. Die Pensionen der früheren herzoglichen Minister und der früheren parlamentarischen Minister werden ebenfalls auf der Grundlage des Gehaltssatzes von 12 000 Mark festgesetzt. Das Gehalt des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig beträgt in Zukunft 12 000 Mark. Seine Dienstaufwandsentschädigung ist von 3 000 auf 1 000 Mark herabgesetzt worden. Weiter müssen alle Beamte in Zukunft bei Dienstreisen die dritte Eisenbahnklasse benutzen.

SPD. Amsterdam, 11. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das niederländische Defizit soll nach bisher amtlich nicht bestätigten Meldungen 56 Millionen Gulden betragen. Die Regierung plant eine Erhöhung des niederländischen Einfuhrzolles von 8 auf 12 %. Der niederländische Zoll ist ein Finanzausgleich, der keine Differenzierung kennt, sondern gleichmässig für alle eingeführten Waren gilt. Bis zum Jahre 1925 betrug er 5 %; dann wurde er auf 8 % erhöht, und dieser Satz ist jetzt noch in Kraft. Eine weitere Erhöhung um 4 % würde für viele ausländische Industrieprodukte die Konkurrenzmöglichkeit erschweren.

Der Haager Ständige Internationale Gerichtshof wird am 16. d. M. mit der Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles wegen der beide Länder verbindenden Eisenbahnlinie Landwarow-Kaisiadorys beginnen. Den Vorsitz wird wiederum Adatci-Japan haben.

SPD. Die nationalistische Entgleisung des Vorsitzenden des Deutschen Juristentages in Lübeck Dr. Wildhagen hat den jubelnden Beifall der nationalistischen Presse und Organisationen gefunden. Der Vorsitzende des Reichsbundes deutschnationaler Rechtsanwälte und Notare hat an Wildhagen das folgende Telegramm gesandt :

"Zu der Wahl als Vorsitzenden des Deutschen Juristentages sprechen wir Ihnen unseren herzlichsten Glückwunsch aus. Mit Ihren von vaterländischem Geist getragenen Ausführungen haben Sie nicht nur den nationaldenkenden deutschen Juristen, sondern auch dem gesamten deutschen Volke aus der Seele gesprochen."

Im gleichen Sinne bewegen sich die Kommentare der Rechtspresse. Unter diesen Umständen hätte man erwarten müssen, dass der Deutsche Juristentag sich nicht mit der landeslämmen Erklärung von Wildhagen begnügt hätte, sondern dass er sehr entschieden den Trennungsstrich gegen seine Vorsitzenden gezogen hätte. Stattdessen hat sich die Vertrauensmännerversammlung des Juristentages mit folgendem Beschluss begnügt :

"Die Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Juristentages ist entschlossen, an der politischen Neutralität des Deutschen Juristentages festzuhalten. Sie billigt es, dass der Präsident des Deutschen Juristentages seine der Missdeutung ausgesetzten Worte berichtigt hat und sieht damit den Zwischenfall als erledigt an."

Dieser Beschluss ist eine Halbheit. Es handelte sich bei der Rede von Wildhagen nicht um Worte, die berichtigt werden konnten, sondern um eine ganz eindeutige politische Tendenz. Da der Deutsche Juristentag es unterlassen hat, sich von dieser politischen Tendenz zu distanzieren, so wird man Schlüsse aus seiner Haltung ziehen müssen, Schlüsse auf seine Zusammensetzung und Schlüsse auf den Geist seiner Mehrheit. Diese Mehrheit hat nicht gewagt, der nationalistischen zum Kriege hetzenden Phrase entgegen zu treten, sie hat sich nicht zu einem mannhaften Worte des Protestes gegen die Rechtstreiberei entschlossen. Ueber alle sachlichen Verhandlungen des Juristentages hinweg wird dieser Zwischenfall das tiefe Misstrauen des Volkes gegen einen sehr grossen Teil der deutschen Juristen verstärken.

SPD. Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht den wesentlichen Inhalt der preussischen Sparnotverordnung, durch die die Ausgaben des preussischen Staates zusammen um 200 Millionen Mark verringert werden sollen.

Auf dem Gebiete der Schule enthält danach die Verordnung folgende Massnahmen: Volksschulen: Abbau von 7000 Lehrerstellen noch in diesem Jahre, Herabsetzung der Klassenfrequenz von 42 auf 48 Schüler, Herabsetzung des Unterrichtsbedarfs. Höhere Schulen: Einsparung von 3000 Lehrerstellen im Laufe des Haushaltsjahres durch Aenderung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und der Wochenstundenzahl der Schüler. Berufsschulen: Einschränkung des Unterrichtsbedarfs von acht auf sechs Stunden und Erhöhung der Klassenfrequenz auf 43 Schüler. Für alle Schularten: Freie Versetzbarkeit aller Lehrer innerhalb der verschiedenen Schularten und von einer Gemeinde zur anderen, Zusammenlegung gleichartiger Anstalten und schwacher Oberklassen, Einschränkung von Hilfs- und Aufbauklassen, Einschränkung des wahlfreien Unterrichts. Stellenzulagen der Volksschullehrer: Alleinstehende nach 10 Jahren 100 Mark, Leiter von Volksschulen mit mindestens drei Klassen 300 Mark, mit mindestens acht Klassen 500 Mark, mindestens 16 Klassen und mindestens 15 Schulstellen 700 Mark., Konrektoren an Volksschulen mit mindestens 20 Klassen 300 Mark usw. Grundgehalt der Mittelschullehrer: 3300 - 3550 - 3800 - 4050 - 4700 - 4900 - 5100 - 5300 - 5500. Stellenzulagen der Mittelschullehrer: Leiter 900 Mark, an kleineren Mittelschulen 400 Mark, Konrektoren an Mittelschulen mit mindestens 10 Klassen 300 Mark. Grundgehalt an Berufsschulen wie bei den Mittelschulen. Stellenzulagen an Berufsschulen 900 und 400 Mark.

Für Gemeinden und Gemeindeverbände wurde beschlossen: Die Verwaltungsorgane sind berechtigt, alle Massnahmen zum Ausgleich der Haushalte zu treffen. Soweit bei den Personalausgaben vertragliche Vereinbarungen dem entgegenstehen, können diese - mit Ausnahme von Tarifverträgen - in halbmonatiger Frist gekündigt werden. Die Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf Unternehmungen, an denen Gemeinden allein oder mit mehr als der Hälfte beteiligt sind oder deren Zuschussbedarf zu mehr als die Hälfte getragen wird.

Einschränkung der Ausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter: An-

stellungs- und Beförderungssperre für Beamte, Abbau aller entbehrlichen Angestellten und Arbeiter, Arbeitszeitverkürzung, Angleichung von Ruherenten und Ruhegehältern an die Regelung des Staates, erneute Revision sämtlicher Besoldungsordnungen, Erwerbs der Beamteneigenschaft. Zu diesem letzten Punkt heisst es: Der Erwerb der Beamteneigenschaft wird nur durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde begründet; die blosser Uebertragung einer derartigen Stelle allein begründet die Beamteneigenschaft nicht.

Weitere Massnahmen: Beamte (ausgenommen richterliche Beamte und beamtete Professoren an Hochschulen) und Lehrpersonen sind verpflichtet, jedes Amt, das ihrer Vorbildung entspricht, wahrzunehmen, auch wenn es mit geringerem Dienstehkommen verbunden ist. Die Beamten behalten ihr Amt und ihr Dienstehkommen. Ferner: Anstellungssperre, Beförderungssperre. Die Gehälter, die die Beamten am 1. September 1931 gehabt haben, behalten sie zwei Jahre länger als nach den geltenden Vorschriften. Für die Gewährung von Kinderbeihilfen vom vollendeten 16. bis 21. Lebensjahr ist die Einkommensgrenze von 40 auf 30 Mark herabgesetzt. Der Anwärterdienst wird auf 10, bei Versorgungsanwärtern auf 9 Jahre verlängert. Bei der Besoldungsgruppierung werden die Stellenzulagen der Gruppe 2b, die bisher 1200 und 600 Mark betragen, künftig differenziert zwischen 1200, 800, 600 und 400 Mark. Gruppe 1d wird gestrichen, die Beamten dieser Gruppe kommen teils nach Gruppe 2a, teils nach 2b mit 1200 Mark Zulage. In den höheren Gruppen werden einige Umstufungen vorgenommen.

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die bürgerliche französische Presse lobt in Tönen höchster Bewunderung das am Donnerstag von Snowden im englischen Unterhaus entwickelte Finanz- und Sparprogramm. Der "Temps" schreibt, der Plan Snowdens stelle eine der stärksten Wiederaufrichtungsbestrebungen dar, die jemals von einem grossen Volk unternommen worden sind. England trete der Gefahr mit Entschlossenheit und Mut gegenüber, die man nur bewundern könne. Das Exposé des Schatzkanzlers sei eindrucksvoll gewesen, und vor allem habe Snowden selbst Zeugnis von einem wahren Mut abgelegt. Man müsse ihm die Gerechtigkeit erweisen, dass er eine Intelligenz, einen Charakter und eine Stärke besitzt, die in sonderbarem Kontrast zu der Mittelmässigkeit der Arbeiterpolitiker ständen.

Diese Ansicht wird von dem sozialistischen "Populaire" nicht geteilt. Der "Populaire" nennt den früheren Schatzkanzler der Arbeiterregierung den Schatzkanzler des Bankierkabinetts und erklärt, der Beifall, den ihm die Konservativen und Liberalen zollten, beweise schon zur Genüge, dass sein Programm den kapitalistischen Kreisen volle Genugtuung gebe.

SPD. In dem Konflikt zwischen der Berliner Universität und dem Kultusministerium über die Berufung der beiden Heidelberger Professoren Lederer und Radbruch an die Berliner Universität ist jetzt insofern eine neue Wendung eingetreten, als Professor Radbruch die Berufung abgelehnt hat. Radbruch hat zum Ausdruck gebracht, dass er nicht aufoktroiert zu werden wünsche. Es muss nun als fraglich gelten, ob der im Zusammenhang mit der Reform des juristischen Studiums für die Berliner Universität geplant gewesene neue Lehrstuhl, den Radbruch erhalten sollte, überhaupt errichtet werden wird.

SPD. Köln, 11. September (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Karl Sattler, Redakteur der "Sozialistischen Republik" in Köln, wurde am Freitag vom erweiterten Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in drei Aufsätzen seiner Zeitung dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer vorgeworfen, er habe sein Kapital ins Ausland gebracht und sich in der Schweiz ein grosses Gut gekauft. An diesen Behauptungen war kein Wort wahr.

SPD. Trier, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die städtischen Ausschüsse haben beschlossen, den eigenen Betrieb des Städtischen Theaters aufzuheben. Es werden in Zukunft nur zahlreiche Gastspiele stattfinden.

SPD. München, 11. September (Eig. Drahtb.)

Der freigewordene Staatsratsposten im bayerischen Finanzministerium, dessen Inhaber zugleich stellvertretender Finanzminister ist, wird trotz der allgemeinen Bestrebungen und Verhandlungen zur Regierungsumbildung neu besetzt werden. Zum neuen Staatsrat ist der Landtagsabgeordnete Schäffer bestimmt, der erste Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei. Er wird ab 16. September die Leitung des Finanzministeriums übernehmen.

Diese politische Ergänzung des geschäftsführenden Kabinetts ändert aber nichts an der Tatsache des provisorischen Charakters der gegenwärtigen Regierung. Und trotz der energischen und zielbewussten Persönlichkeit des neuen Staatsrats ändert sich auch nichts daran, dass es die vordringlichste Aufgabe des Landtags ist, dem Staat so rasch als möglich eine parlamentarisch-verantwortliche Regierung zu geben. Es ist deshalb anzunehmen, dass die Wege zu diesem Ziel durch die jetzige Transaktion des Ministerpräsidenten nicht verbaut werden.

SPD. Weimar, 11. September (Eig. Drahtb.)

Der Asta-Vorsitzende Schöttler der Jenaer Studentenschaft wurde wegen Beleidigung der Volkspartei des thüringischen Landtags vom Weimarer Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 300 Mark beantragt. Der Nationalsozialist Schöttler hatte an Dr. Frick, nachdem dieser als thüringischer Minister gestürzt worden war, einen Brief geschrieben, in dem er Frick den Dank der akademischen Jugend für die geleistete Arbeit ausspricht und dabei von gemeinen, gekauften Verrätern am nationalen Deutschland und von unsauberen Elementen, von einem Akt der Ehrlosigkeit und Gewissenlosigkeit spricht. Dieser Brief war in dem in Weimar erscheinenden "Nationalsozialist" unter der Überschrift "Ohrfeigen für die Deutsche Volkspartei" erschienen, worauf auf Anzeige dieser Partei der Staatsanwalt die Klage angestrengt hat. Der Angeklagte suchte sich damit herauszureden, dass die Überschrift nicht von ihm stamme. Die Volkspartei könnte sich nicht beleidigt fühlen, da sie in dem Schreiben nicht genannt werde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich seiner Meinung nach die Vorwürfe gegen die Deutsche Volkspartei richteten, verweigerte der Angeklagte die Aussage.

Schöttler, der in Reitstiefeln erschienen war und sich während der Verhandlung sehr arrogant benahm, photographierte auf der Strasse die volksparteilichen Abgeordneten Witzmann und Knittel, als sie nach der Verhandlung nach Hause fuhren.

SPD. Darmstadt, 11. September (Eig. Dr.)

Die hessischen Landtagswahlen finden am 15. November statt. Man rechnet mit einem erbitterten Wahlkampf. Die Wahlvorbereitungen sind bei allen Parteien in vollem Gange. Der derzeitige Landtag wird zu seiner letzten Session am 13. Oktober zusammentreten.

SPD. Dortmund, 11. September (Eig. Drahtb.)

Die vereinigten Stahlwerke haben einen vorsorglichen Antrag auf Stillegung des Hörder Vereins in Dortmund zum 17. Oktober gestellt. Es heisst, dass sich die Russenaufträge wegen einer mangelnden Finanzierung nicht ausführen lassen. Das Werk braucht zu seiner Erhaltung einen monatlichen Auftragsbestand von mindestens 18 bis 20 000 t. Verhandlungen sind im Gange, die 3600 Arbeiter und 700 Angestellte weiter zu beschäftigen. Die Abteilung Lippstadt der Vereinigten Stahlwerke entlässt 270 Arbeiter. Die westfälische Drahtindustrie in Hamm hat Antrag auf Entlassung von 500 Arbeitern und Angestellten gestellt.

SPD. Neustrelitz, 11. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Freitag hat das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium den Beschluss gefasst, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden die Stadt Alt-Strelitz, die etwa 3500 Einwohner zählt, zwangsweise in die Landeshauptstadt Neustrelitz einzugemeinden. Altstrelitz liegt in unmittelbarer Nähe von Neustrelitz.

SPD. Schwerin, 11. September (Eig. Dr.)

Der nationalsozialistische "Niederdeutsche Beobachter" war von seinem bisherigen Hauptschriftleiter Friedemann verklagt worden. Friedemann war am 12. August zum 1. Oktober gekündigt worden und behauptete, dass er auf Grund eines allgemein verbindlichen Tarifes für alle Verleger und Redakteure frühestens zum 1. April 1932 gekündigt werden könnte und forderte bis dahin von dem Verleger des nationalsozialistischen Blattes, dem Reichstagsabgeordneten Hildebrandt, 3000 Mark Gehalt. Hildebrandt, der sich bisher geweigert hat, die 3000 Mark zu bezahlen oder Friedemann wieder einzustellen, hat inzwischen einen Rückzug gemacht und seinem früheren Hauptschriftleiter mitgeteilt, dass er sich von der Ungesetzlichkeit der Kündigung zum 1. Oktober habe überzeugen lassen. Hildebrandt hat sich verpflichtet, Friedemann bis zum 1. April 1932 weiter zu beschäftigen und ihm auch das Gehalt zu zahlen.

SPD. Genf, 11. September (Eig. Drahtb.)

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundes nielt der frühere Direktor der Abrüstungsabteilung und jetzige zweite Delegierte Spaniens Madariaga eine sachkundige Rede über die Abrüstung. In den meisten Staaten wüssten die Außenminister nicht was die Kriegsminister täten. Die Arbeiten bis zur endlichen Einberufung der Abrüstungskonferenz hätten eine solche Menge Akten hervorgebracht, dass man mit ihnen die Strecke von Genf bis Warschau bedecken könnte. Die Arbeit sei aber nicht vergeblich. Nach Spaniens Anschauung müsste ein kombiniertes System aus direkter Verminderung des lagernden Materials, Beschränkung der Budgets und Kontrolle der privaten Waffenfabrikation angewandt werden, wenn eine wirksame Abrüstung zustande kommen sollte. Man müsse alles tun, um ein Misslingen der Konferenz zu vermeiden, aber auch ein Misslingen werde

den Völkerbund nicht zerstören und gerade auf die Weiterarbeit nach einem eventuellen Misserfolg müsse sich jedes Volk einstellen, um dem Vaterland der Vaterländer das Leben zu erhalten.

Collins-Australien verlangte im Gegensatz zu Spanien und England vor allem eine Einschränkung der Ausgaben des Völkerbundes, während Garay-Panama sich gegen das Gerücht verwahrte, nach dem die Vollversammlung aus Ersparnisgründen nicht mehr alljährlich abgehalten werden sollte. Eine Reihe Delegationen hat beantragt, die Inkraftsetzung des Protokolls über die Revision des Statuts des Haager Gerichtshofes auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird der ersten Kommission überwiesen. Die Generalaussprache wird am Sonnabend beendet werden. Am Vormittag spricht Dr. Curtius.

SPD. London, 11. September (Eig. Drahtb.)

In der englischen Presse stellt am Freitag der "Daily Herald" so ziemlich das einzige Blatt dar, das sich gegen das Budget Snowdens wendet. Das Organ der Arbeiterpartei erkennt wohl die Notwendigkeit zur Balancierung des Staatshaushalts an, beanstandet jedoch, dass von den 70 Millionen Pfund neuer Steuern 56 Millionen auf unsoziale Weise, d. h. aus kleinen Einkommen und als indirekte Steuern erhoben werden, während man die Möglichkeit gehabt hätte, den Rückzahlungsfonds für Staatsschulden zu suspendieren, die Vermögen stärker heranzuziehen und die Erbschaftssteuer zu erhöhen. Der "Daily Herald" nennt Snowden einen Gefangenen der City-Finanz, eine Ansicht, die in den Kommentaren der konservativen Presse mit umgekehrten Vorzeichen ihre Bestätigung findet. Die City selbst war über das Budget im allgemeinen befriedigt, aber eine unmittelbare günstige Wirkung auf den Pfandkurs und auf die Börse blieb aus. Allgemein hört man in der City, dass die Balancierung des Budgets nur ein Anfang sei, der eine Behandlung der langfristigen Krise der englischen Wirtschaft einleiten müsse. Diese Behandlung besteht nach der Auffassung der Industrieführer darin, dass die Löhne und damit die Produktionskosten der Industrie gesenkt werden müssen. Diese Ansicht wird allerdings in der konservativen Presse kaum ausgesprochen, die "Times" erklärt aber, dass den Einschränkungen im Staatshaushalt neue folgen müssen, damit die Industrie von dem neuen Steuerdruck entlastet werden könne. Ein weiteres Mittel zur Besserung der englischen Zahlungsbilanz greifen die "Daily Mail" und der "Daily Express" auf: die Propaganda für Zölle ist nach der Bereinigung des Budgets ohne das Hilfsmittel der Zölle nicht geringer sondern heftiger geworden. Es ist bemerkenswert, dass auch der "Manchester Guardian" das Budget mit grosser Skepsis beurteilt, weil es so wenig an die Wurzel der englischen Wirtschaftsnot greift und die Arbeitslosigkeit weiter steigern werde. Das liberale Blatt empfiehlt deutlich wenn auch vorsichtig, den Zinsendienst auf die Staatsschulden herabzusetzen, denn gerade die Zinsenempfänger hätten an der Wertsteigerung des Geldes profitiert.

SPD. London, 11. September (Eig. Drahtb.)

Im Parlament verteidigte die Regierung am Freitag das von ihr eingeschlagene abgekürzte Verfahren zur Durchführung ihrer Sparaktion. Clynes sprach für die Opposition und bezeichnete in bitteren Worten das Verfahren als ungerecht und als einen Missbrauch der Macht. Man müsse der Labour Party mehr Gelegenheit geben, so entscheidende Massnahmen für die Arbeiter zu diskutieren. Die erbitterte Stimmung, mit der am Donnerstag das Parlament auseinanderging, herrschte auch am Freitag vor.

SPD. London, 11. September (Eig. Drahtb.)

Unter den Opfern der englischen Sparpolitik befindet sich auch das Luftschiff "R.100", das verkauft werden wird, während die Luftschiffstation Cardington und die sonstigen Stützpunkte der englischen Luftschiffahrt ausser Betrieb gesetzt, aber erhalten werden.

SPD. Wien, 11. September (Eig. Drahtb.)

Seit 5 Uhr tagt der telegraphisch zusammenberufene Hauptausschuss, dessen Beratungen vertraulich sind. Es ist aber klar, dass dort über die Genfer Bedingungen verhandelt wird. Obwohl man über die Bedingungen, die Frankreich an Oesterreich gestellt hat, nichts genaues weiss, so gilt es als sicher, dass Oesterreich unter dem stärksten Druck steht. Um 9 Uhr abends waren die Beratungen des Hauptausschusses beendet. Die Regierung hat mitgeteilt, dass von ihr eine balancierung und Herabsetzung des Budgets um rund 10 Prozent verlangt wurde und hat angekündigt, dass sie den Parteien Vorschläge machen werde über die Modalitäten, wie sie diesen Forderungen nachkommen wird. Inoffiziell wird in Genf ein starker Druck auf die österreichische Delegation ausgeübt, der sich auch auf die Massnahmen bezieht, wie die Herabsetzung des Etats erfolgen soll. Es handelt sich vornehmlich um die Herabsetzung der Bezüge der Angestellten und die Arbeitslosenversicherung. Hinter diesem antisozialen Druck steht der Berater der Nationalbank, der Holländer Buring.

Auf die Mitteilungen der Regierung haben die Sozialdemokraten im Hauptausschuss die Erklärung abgegeben, dass sie der Notwendigkeit der Balancierung des Etats zustimmen, sich aber vollkommen freie Hand vorbehalten, auf welchem Gebiet und mit welchen Mitteln Erfolge zu erreichen sein werden. Obwohl die Lage im Augenblick nicht kritisch ist, so könnte sie doch jeden Augenblick, sobald die genauen Bedingungen bekannt sind, kritisch werden.

SPD. London, 11. September (Eig. Drahtb.)

Auf dem Gewerkschaftskongress in Bristol wurde der am Donnerstag vorgelegte Bericht des Generalrats über die Ereignisse, die zum Rücktritt der Arbeiterregierung führten, einstimmig gebilligt. Es wurde beschlossen, eine Untersuchung über das Problem der Zölle durch den Generalrat vornehmen zu lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll einer besonderen Konferenz der Exekutivkomitees der angeschlossenen Gewerkschaften vorgelegt werden. Es wurde weiter mit 1,8 gegen 1,4 Millionen Stimmen eine Entschliessung angenommen, die die Vereinigung der gesamten Eisen- und Stahlindustrie in einem einzigen öffentlichen Unternehmen verlangt. Die Stärke der Opposition gegen diese Resolution erklärt sich daraus, dass manche der Ansicht waren, dieser Plan mache die Einführung von Eisenzöllen notwendig.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Odyssee eines Kriegsverletzten.

Der Grossindustrielle, der das Gedächtnis verlor - Tragische Folgen eines Banditenüberfalles.

SPD. Paris, 10. September (Eig. Ber.)

Schon wieder müssen sich die Polizeibehörden in Nantes an der Atlantischen Küste mit einem "Mann, der das Gedächtnis verlor", beschäftigen, obwohl der erste rätselhafte Fall des Christian Nawarre noch nicht einmal aufgeklärt ist. Dieses Mal liegt aber kein vorgetäuschter, sondern ein echter Fall von Gedächtnisschwund vor, der in seiner Komplikation die stärksten Anforderungen an die Kriminalisten des Landes stellt.

Die Streife um Mitternacht.

Der Grossindustrielle Blarez aus Nantes, den Polizeikommissariaten des Landes schon längere Zeit als vermisst gemeldet, wird eines Tages in Avignon zu mitternächtlicher Stunde von einer Polizeistreife schlafend auf einer Bank aufgegriffen. Auf dem Kommissariat, wohin er unter polizeilicher Begleitung gebracht wird, sieht er in den Spiegel. Kreidebleich taumelt er vor seinem eigenen Bild zurück. Er kennt sich selbst kaum wieder. Der reiche Unternehmer sieht wie ein Arbeiter aus, der eben vom Kohlenschippen kommt. Unter einer blauen Seemannsjacke trägt er ein dickes Flanellhemd ohne Kragen. Graue ölbefleckte Drillhosen schlendern um die Beine.

Rätselhaftes Geld.

In den Taschen des kuriosen Anzugs findet der diensthabende Wachtmeister ein Paket Tabak und eine stark angekaute Pfeife. Befremdende Funde, da der Industrielle Nichtraucher ist. Die weitere Untersuchung fördert noch seltsamere Dinge zutage. So findet man eingenäht zwischen dem Futter des Rockes 30 Goldfrancstücke und 31 000 Franken in Noten der Bank von Frankreich. Der Industrielle behauptet, das Geld könne unmöglich ihm gehören. Er quält sich ersichtlich ab sich an Vergangenes zu erinnern. Es ist unmöglich. Ein Arzt untersucht den völlig niedergeschlagenen Menschen und stellt fest, dass die Gedächtnisschwäche die Folge eines Kopfschusses ist, den der Verhaftete im Kriege vor Verdun erhalten hat. Blarez fällt nach der Untersuchung in tiefen Schlaf. Erst nach einigen Stunden erwacht er wieder.

Der Schleier hebt sich.

Sein Bruder holt ihn ab. In der Obhut seiner Familie erholt sich der Industrielle bei sorgsamer Pflege. Langsam hebt sich auch der Schleier über dem Gedächtnis. Nach und nach kommt die Erinnerung an das Vergangene, erst schwach, dann immer stärker und klarer werdend. Aber noch immer sind es nur flüchtige Lichter. --

Nach einem Monat erinnert sich Blarez, dass er seinerzeit von Nantes eine Geschäftsreise nach Paris gemacht habe. Er habe aber keine Ahnung, wie er von da in das südfranzösische Avignon gekommen sei. Wohl aber erinnere er sich, wie er in einer Wirtschaft am Rhoneufer in Avignon ein sehr gutes Frühstück zu sich genommen habe. Und dann weiss er, dass er eines Tages auf einer Bank vor dem Trocadéro in Avignon niedergeschlagen worden sei. Langsam steigen wie Schatten aus der Unterwelt in seinem Gedächtnis alle die Leute wieder auf, mit denen er zusammen war. In der Kneipe waren ausser dem Wirt, seiner Frau und den beiden Töchtern vier italienische Gäste. Ganz dunkel erinnert er sich auch, in seinem scheinbar hypnotischen Zustand eines nachts einen Platz überquert zu haben, während es stark regnete.

Des Rätsels Aufklärung.

Die Polizei und die Aerzte haben die Hoffnung, dass der Gedächtnisschwund sich endgültig heben wird. Vorläufig ist man zu folgenden sehr interessanten Schlüssen gekommen, deren Bestätigung ausser den Wissenschaftlern das Publikum begierig erwartet:

In dem Augenblick, in dem Blarez sich auf die Bank setzte, so beginnt das Gutachten eines bedeutenden französischen Kriminalkommissars, wurde er von Banditen niedergeschlagen und seines Rockes beraubt. Der Rock wurde am andern Tag von Strassenreinigern der Polizei übergeben. Wieder zum Bewusstsein gekommen, hat sich dann Blarez an die Verfolgung seiner Gegner gemacht. Einen der Angreifer hat er eingeholt. Dem mit besonders grossen Körperkräften ausgestatteten Blarez muss es gelungen sein, den Banditen niederzuschlagen und ihm nun seinerseits die Jacke auszuziehen, mit der er sich dann bekleidet hat. - Das in das Futter eingenähte Vermögen ist nun Gegenstand einer besonderen Untersuchung, da man mit Bestimmtheit annimmt, dass das Geld aus einem grösseren Einbruch stammt. Die Polizei ist jetzt auf der Suche nach dem rechtmässigen Besitzer des herrenlosen Gutes. Aber niemand hat sich bis zum heutigen Tag gemeldet.

Das französische Publikum wendet seine ganze Sympathie dem verunglückten Industriellen zu, der, wie jetzt feststeht, von dem Augenblick an sein Gedächtnis verlor, als er den Schlag über die kriegsverletzte Schädeldecke erhielt.

+ + +

Wilderer drama vor Gericht. Vom Schwurgericht Eisenach wurde der Metalldreher Wilhelm Fischer aus Eisenach wegen versuchter Tötung, Wilddiebstahls und schweren Forstwiderstands zu 3 Jahren 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Gegenspieler Fischers war ein gewisser Förster Safrath, der den Angeklagten gemeinsam mit seinem Bruder Bernhard Fischer und einem Arbeiter Müller am 18. April d.J. im Eisenacher Forst angetroffen und erkannt hatte.

Die Brüder Fischer und Müller hatten im Forst einen Bock geschosse und befanden sich bereits auf dem Heimwege, als sie vom Förster überrascht wurden. Es entspann sich eine Auseinandersetzung zwischen dem Förster und den Wilderern: der Förster wollte den Inhalt des von einem der Männer getragenen Rucksackes sehen, die Wilderer weigerten sich, der Förster erregte sich mehr und mehr und rief schliesslich: "Nun zum letzten Mal: bleibt stehen oder ich mache von der Waffe Gebrauch!". Im nächsten Augenblick schoss der Förster auf Bernhard Fischer, der durch einen Brustschuss tödlich verwundet wurde und lautlos zu Boden sank. Das Opfer der nächsten Kugel war Friedrich Müller; er wurde ziemlich schwer verletzt. Der Angeklagte Wilhelm Fischer, der weiter rückwärts stand, nahm sofort hinter einem Baum Deckung, holte seine Wildererbüchse hervor, lud sie und hielt den Förster in Schach - obschon er erregt und geneigt war, den Förster niederzuschliessen. Indes verhandelte er mit dem Beamten, bat ihn, die Waffe fortzulegen und seinem Bruder und seinem Freunde zu helfen. Der Förster verlangte hinwiederum, dass zuerst der Angeklagte seine Waffe wegwerfe. Hierzu konnte sich Wilhelm Fischer nicht entschliessen; er glaubte, dass er dann den Wald nicht lebend verlassen würde. Er entschloss sich nun, den Förster kampfunfähig zu machen. Mit dem linken Auge visierend schoss er mit meisterhafter Sicherheit dem Förster die Pistole aus der Hand. Der Förster wurde leicht verletzt; er ergriff sogleich die Flucht.

Vor Gericht trat der Förster als Hauptzeuge und Nebenkläger auf. Er will die Empfindung gehabt haben, dass die Wilderer sich auf ihn hätten stürzen wollen. Auch will er gehört haben, wie Wilhelm Fischer rief: "Jetzt zugepackt!"

Die Verteidigung hatte eine grosse Anzahl Holzsammler als Zeugen laden lassen, die bekunden sollten, dass sie von dem Förster Safrath wegen nichtiger Ursachen nicht nur mit der Waffe bedroht, sondern auch heftig geschlagen worden seien. Diese Zeugen waren arme, körperlich zurückgebliebene, frühzeitig gealterte Menschen. Von mehreren dieser Zeugen will sich der Förster bei Auseinandersetzungen im Walde bedroht gefühlt haben. Selbst wenn drei dieser klei-

nen schwächlichen Menschen, Männer und Frauen, zusammenstanden, konnte man sich nicht recht erklären, wieso der grosse starke Förster sich bedroht gefühlt haben konnte. Dem Gericht schienen die Zeugen allerdings dadurch belastet, dass sie alle - in Prozessen, in denen der Förster zumeist der einzige Belastungszeuge war! - wegen Forstfrevels und andere damit zusammenhängender Dinge vorbestraft sind. Immer wieder wurden in diesen Verfahren diese kleinen Frevler verurteilt, obgleich der Förster mit der Pistole auf sie geschossen oder sie mit dem Stock blutig geschlagen hatte.

Einer der letzten Zeugen erzählte, dass er mit seinem Wagen, vom Holzstücker heimwärtsfahrend, von diesem Förster angehalten und ersucht worden sei, den Wagen abzuladen. Das habe er abgelehnt, weil er nur Leseholz geladen hatte. Gleich nach der bedeutungslosen Auseinandersetzung ging der Förster einige 20 m vorauf, in der einen Hand den Stock, die andere Hand in der Gewehrtasche, und rief dem Zeugen zu: "So, nun kommen Sie mal her!" Der Zeuge führte dann wörtlich aus: "Als ich in seine Augen sah, überlief es mich eiskalt. Noch nie habe ich in solche Augen gesehen, das waren die Augen eines Mörders". Der Förster bestritt diesen Vorgang und stellte ihn ganz harmlos dar. Ein weiterer Zeuge und eine Zeugin bekundeten jedoch die Darstellung des ersten Zeugen.

Das Urteil gegen den Angeklagten wurde vom Gericht damit begründet, dass man dem Zeugen und Nebenkläger Förster Safrath Glauben geschenkt habe. Der Verteidigung war es mithin nicht gelungen, die Glaubwürdigkeit des Zeugen Safrath zu erschüttern.

+ + +

Versammlung der Devaheim-Gläubiger. Am Freitag vormittag fand in einer der Berliner Ausstellungshallen am Kaiserdamm die Gläubigerversammlung der geschädigten Devaheimsparer statt; wie erinnerlich ist über das Vermögen der im evangelischen Bausparkonzern vereinigten Deutsch-evangelischen Heimstättengesellschaft (Devaheim) das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Konkursverwalter Nötzel führte aus, dass die Spargelder in kaum fassbarer Masse satzungswidrig verwandt, d. h. direkt unterschlagen worden seien. Von den 16 Millionen Mark, die der Devaheim und der Deuzag seit ihrem Bestehen an Spargeldern zugeflossen seien, wäre etwa die Hälfte an die Heimstättenbank und die Baugenossenschaft Mülheim in Form von ungesicherten Zwischenkrediten weitergegeben worden. Die schnelle Entwicklung des Konzerns wäre nur dadurch verständlich gewesen, dass jeder evangelische Sparer geglaubt habe, dass hinter dem Unternehmen ausser der Inneren Mission auch die evangelische Kirche stehe. In geradezu arglistiger Weise seien die Bausparer über die Verwendung dieser Gelder getäuscht worden. Man müsse den Eindruck haben, dass die Geschäftsführer der Devaheim es gerade auf vorsätzliche Schädigung der Sparer abgesehen hätten. Wie weit sich die Verantwortlichen auf rechtswidrige Weise Vermögen verschafft haben, müsse die kommende Gerichtsverhandlung ergeben. Heute seien jedenfalls an freien Devaheim-Vermögenswerten nur 4 600 Mark in Form von bebauten Grundstücken und Parzellen vorhanden. Hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeiten der Hypotheken bezifferte der Konkursverwalter den Wert der Aktiven nach Abzug von 85 000 Mark für das Konkursverfahren mit 448 000 Mark. Da dieser Summe Forderungen in Höhe von 14,3 Millionen gegenüberstehen, sei eine Unterbilanz von 13,8 Millionen vorhanden.

In der Debatte verlangten verschiedene Redner, keine Rücksicht auf den geistlichen Stand zu nehmen und keinen Geistlichen in den Gläubigerausschuss zu wählen, damit die Sparer nicht noch einmal getäuscht würden. Ein alter Rentner aus dem Rheinland erklärte, dass er zwar von juristischen Spitzfindigkeiten nichts verstehe, aber doch dies sagen müsse: wenn bei einer Behörde etwas passiert, tritt der Staat für die Geschädigten ein - hier sei bei einer Wirtschaftsinstitution, die die gläubigen Gläubiger als eine kirchliche ansahen, ein Skandal passiert: - hier müsse also die Kirche helfen! Er teilte mit, dass er zum Zeichen seines Protestes aus der Kirche austrete.

In der Versammlung wurde ferner ein Schreiben des Generalsuperintendenten Dibelius verlesen, der von der neu gebildeten kirchlichen Notgemeinschaft sprach die den geschädigten Devaheimgläubigern beispringen will. Man glaubt durch die Notgemeinschaft etwa 2½ Millionen Mark mobilisieren zu können. Man hofft, Bürgschaften der kirchlichen Wohlfahrtsanstalten (?) zu erhalten. Man denkt ferner an Geldhergabe einzelner reicher Kirchengemeinden und spekuliert schliesslich auf das Vermögen des Zentralausschusses der Inneren Mission, der aber, wie gerüchtweise verlautet, selbst bankrott sein soll...

Von den Debatterednern wurde auch auf den inzwischen erfolgten Austritt der Kirchenvertreter aus dem Centralausschuss der Inneren Mission hingewiesen. Es handelt sich hier um den Präsidenten des Oberkirchenrats D. Burghart, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Oberkonsistorialrat D. Scholz und um den Vertreter der Generalsynode D. Philipps. Der Austritt dieser Herren aus dem Centralausschuss wurde als Flucht vor der Verantwortung bezeichnet. Die Genannten erklären ihren Austritt wiederum damit, dass ihnen von der Untersuchungskommission der Devaheimaffäre ein "unverantwortlich oberflächlicher Bericht" gegeben worden sei.

+ + +

Explosion eines Gasbehälters. In einer Kesselfabrik in dem Pariser Vorort Aubervilliers explodierte ein Azetylin-Gasbehälter. Zwei Lehrlinge wurden auf der Stelle getötet, fünf Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Einer der Verletzten wurde durch den starken Luftdruck in die Höhe geschleudert und blieb an einem Wasserbehälter hängen. Das Dach und die Wände der Fabrik wurden stark beschädigt. Da der Gasbehälter in tausend Stücke gerissen worden ist wird sich die genaue Ursache der Katastrophe kaum feststellen lassen.

+ + +

Mörder Pilz. In Brioude (Frankreich) ist eine aus acht Personen bestehende südslawische Arbeiterfamilie an Pilzvergiftung erkrankt. Eine Tochter ist bereits gestorben, das Befinden der übrigen sieben Personen sehr ernst.

Auch in einem Dorfe bei Nancy starb ein junger Mann an Pilzvergiftung.

+ + +

Mieterkrieg in Rotterdam. Ein Mieterstreik in einigen Häusern in der Beverstraat in Rotterdam, der unter kommunistischer Leitung stand, hat 23 Rotterdam Familien in eine sehr schwierige Lage gebracht. Der Besitzer der Häuser wusste beim Amtsgericht ein Räumungsurteil gegen alle 23 Familien zu erlangen, das von 3 Gerichtsvollziehern, 20 Helfern und 90 Schutzleuten ausgeführt wurde. Die Bewohner hatten indessen alle Türen vernagelt, teilweise selbst Bretter von Bettstellen dagegen gezimmert, sodass die Türen buchstäblich eingeschlagen werden mussten. In einem Hause hatte man die Treppen mit Seife beschmiert, sodass erst der Städtische Reinigungsdienst Hilfsdienste leisten musste. 10 Materialwagen brachten dann nach vollzogener Räumung die Möbel und Betten zur Städtischen Desinfektionsanstalt. Inzwischen spitzte sich die Lage in der Beverstraat zu, da aus einem nicht geräumten Hause die Flagge der Internationalen Roten Hilfe gehisst wurde, die die Polizei sofort entfernte.

+ + +

Geschwindigkeitsflug nach dem Osten. Auf dem Flughafen Le Bourget bei Paris stiegen am Freitag die beiden französischen Maschinen "Fragezeichen" und "Bindestrich II" zum Non Stop-Flug nach Tokio auf. Die Piloten Brix, Doret, Codos und Robida hoffen durch diesen Flug den Landstreckenrekord, der augenblicklich im Besitz der Vereinigten Staaten von Amerika ist, für Frankreich zurückzugewinnen. Die Flugstrecke von Tokio nach Paris beträgt über 10 000 Kilometer. Sollten die Flieger das Ziel ohne Zwischenlandung erreichen, so erhalten sie den vom französischen Luftfahrtministerium ausgesetzten Preis von einer Million Francs.

Gewerkschaftliche Bündschau

Sprit oder Kartoffeln?

SPD. Die Sozialdemokratie hat den Vorschlag gemacht, die Arbeitslosen in diesem Winter mit Vorratsgütern wie Kohle und Kartoffeln zu versehen. Es kann sich hier nur um eine zusätzliche Versorgung handeln. Verwirklicht werden kann dieser Gedanke, ohne dass dem Reich Mehrkosten entstehen. Das gilt z.B. für die Kartoffelversorgung. Im Grunde genommen handelt es sich um die Frage, ob man aus der Kartoffel überflüssigen Sprit brennen soll oder ob man sie der notleidenden Bevölkerung geben will.

Infolge der verfehlten Branntweinpolitik, die auf den Rückgang des Branntweinkonsums keine Rücksicht genommen hat, sind jetzt die Bestände der Branntweinmonopolverwaltung auf 2 Millionen Hektoliter gestiegen, wobei zu bedenken ist, dass der gesamte Jahresabsatz an Spiritus nur ungefähr 1,7 Millionen hl beträgt. Durch die ständige Zunahme der Bestände und den dauernden Rückgang des finanziellen Ertrages ist jetzt die Lage des Branntweinmonopols unhaltbar geworden. Welchen Plan zu einer Sanierung hat aber das Reichs ernährungsministerium? Wiederum sollen 2 Millionen hl Branntwein von den grossagrarisches Kartoffelbrennereien produziert und vom Branntweinmonopol abgenommen werden. Um aber einen Mehrverbrauch zu erzwingen, soll der Beimischungszwang von Spiritus zu Benzin von $3\frac{1}{2}$ auf 10 % erhöht werden.

Dieser Vorschlag ist völlig unhaltbar; denn hierdurch wird der Kraftverkehrswirtschaft eine nochmalige Belastung von mindestens 50 Millionen Mark aufgebürdet. Sie muss 1 hl Spiritus mit 70 Mark bezahlen, während 1 hl Benzin selbst nach der Zollerhöhung noch keine 30 Mark kostet. So geht es also nicht. Deshalb schlägt die Sozialdemokratie vor, dieses Jahr überhaupt keine Kartoffeln zu Spiritus brennen zu lassen, um die vorhandenen Bestände des Monopols allmählich abtosseln zu können. Hierdurch käme die Monopolverwaltung in die Lage, nicht nur ihre hohen Schulden bei der Reichskasse abzudecken, sondern sie würde auch erhebliche Ueberschüsse abliefern können. Der Absatz an Spiritus zum ermässigten Verkaufspreis, der sehr hohe Zubussen verlangt, könnte eingeschränkt werden, so dass nicht mehr, wie in vergangenen Jahren, die Monopolverwaltung auf Kosten der deutschen Steuerzahler rund 60 - 70 Millionen Mark zuzusetzen braucht.

Jetzt entsteht die Frage, was geschieht mit den 2 Millionen Tonnen Kartoffeln, die nicht, wie im vorigen Jahr, auf Spiritus verarbeitet werden können? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer. 2 Millionen to Kartoffeln kosten bei einem Marktpreis von 1,20 Mark je Zentner 48 Millionen Mark. Wird nun das Brennrecht für ein Jahr ausgesetzt, so können diese 2 Millionen to Kartoffeln den Brennereibetrieben abgekauft werden, wodurch die landwirtschaftlichen Betriebe mit Brennrechten voll entschädigt werden. Zu diesem Aufkauf brauchen keine neuen Reichsmittel in Anspruch genommen zu werden. 75 Millionen Mark sind im Reichsetat als Darlehn für die Branntweinmonopolverwaltung vorgesehen, die von ihr auch in diesem Betriebsjahr voll in Anspruch genommen und teilweise auch wieder zurückgezahlt worden sind. Diese Summe müsste das Reich, wenn wiederum Kartoffeln gebrannt werden, der Monopolverwaltung auch in diesem Jahr zur Verfügung stellen. Folgt man aber unserm Vorschlag, so werden diese Mittel frei und ein Teil kann für den Aufkauf der Kartoffeln verwandt werden. Gedeckt wird das Darlehn durch die Einnahmen der Monopolverwaltung aus dem Verkauf an Trinkbranntwein, denen in diesem Jahr keine Ausgaben gegenüberstehen. Es kann der

volle Ertrag der Branntweinsteuer an das Reich abgeführt werden, weil für die Monopolverwaltung keine Mindereinnahmen, wie in früheren Jahren, entstehen. Diese 2 Millionen to Kartoffeln müssen in ihrer Gesamtmenge oder teilweise dazu benutzt werden, um die notleidenden Bevölkerungsschichten, also insbesondere die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützten, mit dem notwendigsten Nahrungsmittel zu versehen. Nimmt man an, dass 5 Millionen Familien als notleidend zu betreuen sind, so braucht man für eine derartige zusätzliche Naturalhilfe $1\frac{1}{2}$ Millionen to Kartoffeln, wenn jeder Familie im Winter 6 Zentner Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden. Zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger im kommenden Winter sind durchgreifende Massnahmen zu treffen. Auf dem hier erläuterten Wege ist es möglich, ohne Mehrkosten für das Reich eine Versorgung der Bedürftigsten mit Kartoffeln durchzuführen. Auch die mit Brennrechten versehenen landwirtschaftlichen Betriebe brauchen hierdurch keinen Nachteil erleiden. Gleichzeitig erfolgt durch diese Aktion eine Sanierung des Branntweinmonopols.

SPD. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat eine grosse Werbeaktion beschlossen, die sich über das ganze Reich erstrecken und in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember durchgeführt werden soll. Zur Unterstützung dieser Werbeaktion wird die ganze Verbandsmitgliedschaft aufgerufen. In dem Aufruf des Vorstandes heisst es: "Wir können nicht länger dulden, dass uns ein grosses Heer unorganisierter Berufskollegen bei der Durchführung des gewerkschaftlichen Tageskampfes hemmend im Wege steht. 700 000 Verbandsmitglieder greifen an, vorwärts für den Gesamtverband!"

SPD. Die Zahl der Prozesse vor den Arbeitsgerichten nimmt dauernd zu. Während in Preussen im Jahre 1913 vor den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 97 406 Fälle zum Austrag kamen, betrug die Zahl der Arbeitsgerichts-sachen 1928 = 249 155 Fälle, 1929 = 278 533 und 1930 = 289 037 Verfahren. Dabei ist das preussische Staatsgebiet heute bedeutend kleiner als in der Vorkriegszeit.

SPD. Die Vereinigten Stahlwerke kündigen an, dass sie in ihrem Lippstadter Werk, das eine Belegschaft von 520 Mann zählt, 270 Mann entlassen werden. Wenn sich der Auftragsbestand in der nächsten Zeit nicht bessert, soll das Werk gänzlich stillgelegt werden.

SPD. In der mitteldeutschen Papiererzeugungsindustrie forderten die Unternehmer den Verband der Fabrikarbeiter auf, über einen Abbau der Löhne zu verhandeln. Dabei verlangten sie, ohne jedoch den Bezirkslohntarif zu kündigen, eine Reduzierung der Stundenlöhne bis um 20 Pfennige. Der Fabrikarbeiterverband lehnte dieses Ansinnen selbstverständlich ab. Darauf haben die Unternehmer zum 27. September den Bezirkslohntarif gekündigt.

Wirtschaft Technik Handel

Land für Arbeitslose.

Was ist an den Plänen der Reichsregierung?

SPD. Mit jener impulsiven Eilfertigkeit, die an die 100 Mark-Ausreisegeld und die "freiwillige Arbeitsdienstpflicht" erinnert, ist vor einigen Tagen der Gedanke der Arbeitslosenansiedlung in die öffentliche Erörterung geworfen worden.

Bis jetzt hat man sich darauf beschränkt, gewissermassen nur das Stichwort zu liefern. Wie man sich in der Reichsregierung die Verwirklichung dieser Idee denkt, darüber ist so gut wie gar nichts bekannt. Im besten Falle wird es sich darum handeln, den Arbeitslosen Grund und Boden am Rande der Grosstadt und die nötigen Materialien zur Bearbeitung desselben kostenlos zur Verfügung zu stellen. Diesen Gedanken kann man bejahen. Im Grunde genommen gewinnt man damit nur dem Kleingarten ein neues Gesicht ab und man kann nur bedauern, dass man nicht schon früher etwas getan hat, um die Kleingartenbewegung zu verallgemeinern. Man hätte so unsere ganze soziale Struktur gegen die fürchterliche Krise widerstandsfähiger gemacht. Während des Krieges hat man an einem ähnlichen Versuch gearbeitet, indem man Parzellen zum Kartoffel- und Gemüseanbau zur Verfügung stellte. Man hat damit gerade keine schlechten Erfolge erzielt. Es war sicherlich ein Fehler, dass man nach dem Kriege gute Anfänge so gut wie völlig vernachlässigte.

Während der gegenwärtigen Krise wurde der Gedanke der Arbeitslosenansiedlung öfters diskutiert und man hat dabei vielfach so getan, als könne man damit die Probleme der Wirtschaftskrise und des Arbeitsmarktes lösen. Das ist selbstverständlich Unfug. Man tut gut, sich von vornherein über die Möglichkeiten einer solchen Aktion klar zu werden, um Irrtümer zu vermeiden und Enttäuschungen nicht aufkommen zu lassen.

Im Rahmen der erwähnten Erörterungen hat man z.B. von Heimstättenansiedlung gesprochen. Man hat darauf verwiesen, dass an den Rändern der Reichshauptstadt Gartenlauben entstanden sind, in denen Hunderttausende das ganze Jahr hindurch wohnen. Wenn die Wohnungsnot in Berlin nicht mehr ganz so fürchterlich und schrecklich ist wie vor Jahren, dann ist das ohne Zweifel das Verdienst der Lauben. Mit der Laube sind tatsächlich in Berlin tausende und abertausende Familien ausgesiedelt worden. Aber es gibt gute und schlechte Lauben. Es gibt gute Lauben aus wetterfestem Material, in denen man auch während des Winters wohnen kann. Aber es gibt auch schlechte Lauben. Hier mah es den Sommer über schliesslich noch gehen. Aber im Winter ist das eine andere Sache. Ein soziales Ideal ist diese Laube nicht. Wenn tausende aber doch während des Winters in diesen Lauben wohnen, dann treibt die Not dazu. So einfach, wie man die Materie immer behandelt, ist sie wirklich nicht. Mit der berühmten Eierkiste, aus der sich der Arbeitslose eine Laube zimmern soll, kommt man wirklich nicht weit.

So weit von den Absichten der Reichsregierung die Öffentlichkeit etwas erfahren hat, denkt man an eine Grösse von 2 bis 4 Morgen für derartige Ansiedlungen. Das ist entweder zu viel oder zu wenig. In Frage kommt doch nur eine gärtnerische Bearbeitung des Bodens. Wer 2 bis 4 Morgen aber einigermaßen richtig bearbeiten will, kann wohl kaum nebenher einem anderen Beruf nachgehen. Darüber muss man sich klar sein. Oder man legt es darauf an, dem Arbeitslosen

so eine neue Existenz schaffen zu wollen. Davor können wir nur warnen. Gerade in Berlin haben wir derartige Existenzen. Sie haben versucht, sich mit ihren 4 Morgen durchs Leben zu schlagen. Sie haben ihre Ersparnisse investiert und diese wohl restlos verloren. Schliesslich sind sie Händler geworden, die ihre Ware in den Berliner Markthallen einkaufen und sie draussen wieder verkaufen. Sie schlagen sich mehr schlecht als recht durchs Leben. An einer solchen Entwicklung hat niemand Interesse. Die Betroffenen am allerwenigsten. Wohin wird die Reise, wenn man den Mut hat, den Versuch gross aufzuziehen, gehen? Man wird aus einem unzufriedenen und verelendeten Grosstadtproletariat ein noch unzufriedeneres und noch verelendeteres Landproletariat machen. Man kommt aus dem Regen in die Traufe. Wir haben vor den Toren Berlins ein klimatisch äusserst begünstigtes Gartengebiet, die Erdbeer- und Kirschengärten von Werder. Es krank aber leider unter dem Fehler, dass die einzelnen Bauernwirtschaften zu klein sind. Immerhin sind sie in der Regel noch grösser als 4 Morgen. Trotz einer alten Kultur, eines so gut wie immer aufnahmefähigen Marktes und trotz der klimatischen Begünstigung gibt es unter den Werderschen Bauern viel Elend und Not. Ihr Garten ist zu klein und gibt nicht genug her. Glaubt man, wo anders, z.B. auf märkischem Sand, wo die äusserst guten Voraussetzungen, die Werder hat, fehlen, zu besseren Resultaten zu kommen? Das muss verneint werden.

Der Arbeitslose, den man an der Peripherie der Grosstadt ansiedeln will, wird immer Industriearbeiter bleiben. Darauf muss die Aktion, wenn sie Sinn und Aussicht auf Erfolg haben soll, abgestellt werden. Wenn man hier Nägel mit Köpfen machen will, braucht man sich nur danach zu richten, wie sich die Kleingartenbewegung tatsächlich entwickelt hat. In Berlin z.B. liegen die Dinge so, dass der Kleingärtner über eine Fläche von etwa 1 000 Quadratmetern verfügt. Will man, dass Wohnlauben errichtet werden und Kleintierzucht betrieben wird, dann wird man die Fläche wohl auf 1 500 bis 2 000 Quadratmetern steigern müssen. Der so angesetzte Arbeitslose wird in der Lage sein, einen Teil dessen, was er in der Familie an pflanzlicher Kost braucht, selbst zu erzeugen. In Frage kommen Gemüse, Kartoffeln, Eier, vielleicht Ziegenmilch und für die Festtage der Karnickelbraten. Vielfach, so bei den Spätkartoffeln und bei gewissem Gemüse wie Bohnen und Salat wird es aber so kommen, dass sich die Eigen-erzeugung weit teurer stellt, als wenn diese Artikel auf dem Markt, wo sich ja zurzeit der Ernte die leichtverderbliche Ware stark drängt und auf die Preise drückt, gekauft werden. Der Betrieb in der Kleingartensiedlung an der Peripherie der Grosstädte ist eine begrüssenswerte zusätzliche Versorgung im Arbeitslosenhaushalt. Eine Entlastung bringt er nicht oder kaum. Deshalb ist der Gedanke, über die Arbeitslosensiedlung zu einer Verminderung der Fürsorgelasten zu kommen, durchaus abwegig. Das gilt besonders für die Anfängerjahre. Einmal muss jedes Geschäft gelernt werden, vor allem das Geschäft des Kleingärtners. Des anderen wird der arbeitslose Kleingärtner, wenn man ihm auch Grund und Boden und die Aufbaumaterialien kostenlos zur Verfügung stellt, immer noch zusätzliche Investitionen (Dung, Pflanzen, Sträucher, Samen usw.) vornehmen müssen. Allein diese Investitionen werden im ersten Jahr den Ertrag bei weitem überwiegen und ehe man den märkischen Sand zum Kulturboden macht, vergeht viel Zeit. Eine Kürzung der Unterstützungssätze aufgrund der Ansiedlungsaktion kommt gar nicht in Frage.

Der Wert der Arbeitslosenansiedlung liegt vor allem auf psychologischem Gebiet. Es kommt darauf an, dem Arbeiter, der schon jahrelang ausserhalb des Betriebes ist, so etwas wie neuen Lebensinhalt, neuen Lebensmut und neue Lebensfreude zu geben. Der eigene Garten, die ständige Verbindung mit dem Boden und der Aufenthalt ausserhalb der grosstädtischen Mietskasernen vermögen das zur Not. Die ganze Aktion muss den Sinn haben, durch den Garten und durch die Natur wieder zur Lebensfreude zu kommen. Diesen guten und gesunden Gedanken soll man durch finanzielle Kalkulationen, die zu nichts führen können, nicht ankränkeln. Man wird abwarten müssen, wie die Pläne der Regierung aussehen.

Dann wird man sich mit ihnen auseinander setzen können.

Schon jetzt muss allerdings bemerkt werden, dass man gewisse Voraussetzung unbedingt zu schaffen hat. Es genügt nicht, dass man Grund und Boden und die Aufbaumaterialien kostenlos zur Verfügung stellt und dass man Rat und Ratschläge erteilen will. Für selbstverständlich halten wir es, dass die drückende Steuer bei diesen Arbeitslosensiedlungen völlig wegfällt. Des weiteren handelt es sich bei der Aktion um Menschen, die aus tausend Gründen mit dem Leben in der Grosstadt in Verbindung stehen. Sie können sich nicht ausschalten lassen und müssen Verbindung mit der Grosstadt halten. Dieser Notwendigkeit müssen die Fahrpreise angepasst werden. Vor allem empfiehlt es sich, eine gründliche Ermässigung der sogenannten Siedlerkarten der Reichseisenbahn vorzunehmen, weiter die Einführung solcher Siedlerkarten auf den städtischen Verkehrsmitteln.

SPD. Die grösste deutsche Bausparkasse, die Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot (GdF) veröffentlicht ihre Zwischenbilanz für das erste Halbjahr 1931. In ihren Angaben über den Zu- und Abgang von Sparern ist sie noch schweigsamer als früher geworden. - Sie teilt ausschliesslich mit, dass am 30. Juni 1931 Verträge mit 44 981 Bausparern bestanden. Man muss frühere Veröffentlichungen, denen zufolge Ende 1930 = 45 491 Verträge geführt wurden, heranziehen, um festzustellen, dass die rege Propaganda des kostspieligen Werbeapparates der GdF nicht einmal die Verluste an empörten, enttäuschten oder in der Krise zahlungsunfähig gewordenen Sparern hat ausgleichen können, sondern weiter 510 Sparer verloren gegangen sind. Es geht also weiter bergab.

Zu berücksichtigen ist, dass zahlreiche Bausparer durch die Festlegung ihrer Spargelder in eine verzweifelte Lage gekommen sind. Ein GdF-Sparer schreibt dazu: "Ich habe Ende 1926 mit der GdF einen Bausparvertrag über 12000 Mark abgeschlossen. Seit April 1929 bin ich infolge Familienzuwachses, Kurzarbeit und Minderverdienst nicht mehr in der Lage, Einzahlungen auf meinen Vertrag zu machen. Oeftere Versuche, meinen Vertrag zu verkaufen, blieben ergebnislos. Die GdF lehnt es entschieden ab, mir mein so sauer erspartes Guthaben zurückzuerstatten und zwar auf Grund der so raffiniert angelegten Vertragsbedingungen. Hunderte, ja ich glaube sicher tausende Sparer sind in der gleichen Zwangslage wie ich".

Auch in dem jetzt vorliegenden Bericht werden wichtige, dringend der Erklärung bedürftige Bilanzposten nicht erläutert. Als "Depositen bei Banken, Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Kommunen" werden 11 187 596 Mark angeführt, bei denen unklar ist, wie hoch der Anteil der zu einträglichen Zinssätzen ausgeliehenen, bei einer Bausparkasse unangebrachten Kredite an Gemeinden ist. "Sonstige Darlehen" mit 1,2 Millionen Mark sind ebenfalls ein dunkler Posten. Auf der anderen Seite sind die "Rücklagen" jetzt auf 5 022 718 Mark angewachsen. In den knapp sieben Jahren ihres Bestehens hat die GdF also rund das 50fache ihres nur 110 000 Mark Stammkapitals erwirtschaften können. Das ist eine in der Geschichte des Kreditwesens beispiellose Plusmacherei auf Kosten der kleinen Sparer. Zu diesen Gewinnen kommen hohe Gehalts- und sonstige Verwaltungskosten. Der Gründer der GdF, Georg Kropp, hat nach den Feststellungen in einem Stuttgarter Prozess allein 1/4 Millionen Mark als Entschädigungen erhalten.

Die GdF ist die älteste und eine der kaufmännisch verhältnismässig klug geleiteten Bausparkassen. Wenn hier bereits sehr viel zu beanstanden ist, so kann man sich ausrechnen, wie es um die Sparer bei den zahlreichen Schwindelunternehmen im Bausparwesen bestellt ist.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt in seinem letzten Wochenbericht einen Ueberblick über die landwirtschaftlichen Märkte, der die Unzulänglichkeit der Getreide- und Futtermittelpolitik des Reichsernährungsministers Schiele unterstreicht.

Für die Getreidemärkte wird gesagt, dass die Landwirte voraussichtlich gezwungen sein werden, zur Abdeckung ihrer Herbstverpflichtungen grössere Pösten der Ernte zu verkaufen. Dieser Druck müsse sich natürlich in der Preisentwicklung geltend machen. Auch die Aussichten auf dem Viehmarkt werden nicht günstig beurteilt. Auf die Schweinepreise würde die im Herbst zu erwartende Vermehrung der Auftriebe drücken. Von diesem Preisdruck dürfte auch der Rindermarkt beeinflusst werden. Das Angebot an Mastochsen von den nordwestdeutschen Viehweiden lasse sich in diesem Jahr nur mit Schwierigkeiten auf dem Markt unterbringen. Auch für die Veredelungsprodukte (Milch, Butter, Eier) sei eine tendenzielle Besserung kaum zu erwarten.

Trotzdem das Reichsernährungsministerium mit Monopolen und drastischen Zöllen die Getreidepreise über dem Weltmarktstand erhöht hat, macht sich die Auswirkung der Weltagrarkrise bemerkbar. Selbst bei Futtergetreide, dessen Einfuhr besonders stark durch Zölle und Monopole abgedrosselt ist, ergäben sich auf längere Sicht gesehen noch ungünstigere Aussichten als für den Brotgetreidebau; denn die im Ausland erreichte Senkung der Produktionskosten werde wohl kaum von der deutschen Landwirtschaft überboten werden können.

Wo sich der deutschen Landwirtschaft ein Ausgleich bieten könnte, ist er durch die Getreidepolitik des Reichsernährungsministers abgeriegelt worden. Die Politik des Reichsernährungsministers ist auf den Körnerbau, die grossagrarisches Landwirtschaft abgestellt. Dabei muss man natürlich die Veredelung, die Aufzucht von Vieh, die Produktion von Milch, Butter, Käse und Eiern leiden. So wird von dem Rindviehmarkt gesagt, dass die hohen Futterkosten die Rentabilität verringern. Die deutsche Schweinemast werde ebenfalls ungünstig von den Futtermittelpreisen beeinflusst. Hier ergibt sich ja auch die starke Umgruppierung, unter der besonders die Bauernschaft in Nordwestdeutschland leidet. Die Rentabilität der Geflügelmast, die ausserordentlich stark von den Futtermittelpreisen abhängt, sei gegenwärtig sehr gering.

Die Schielesche Getreidepolitik hat die notwendige Rationalisierung in der Landwirtschaft behindert. Sie legt die Veredelungswirtschaft, die die Ausenhandelsbilanz Deutschlands entlasten könnte, brach. Wie lange wird man sich diese einseitige Politik des Reichsernährungsministers noch gefallen lassen?

SPD. Wohin die Schielesche Politik der Getreide- und Futtermittelpreisüberhöhungen durch drastische Zölle geführt hat, geht aus einem Telegramm hervor, das die Interessengemeinschaft Brandenburgischer Geflügelhalter an den Reichsernährungsminister und an den preussischen Handelsminister gerichtet hat. Darin wird darauf verwiesen, dass zahlreiche Geflügelhalter ihre Bestände durch Abschachten oder Verkauf vermindern müssen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Betriebsmittel zur Erhaltung aufzubringen. Millionenwerte gehen augenblicklich der deutschen Volkswirtschaft dadurch verloren.

So sieht die Schielesche Getreidepolitik von der anderen Seite aus. Im Interesse der Grossagrarien werden hunderte und tausende Kleinexistenzen vernichtet.

(Höhere Weizenmehlpreise können oft durchgesetzt werden.)

(Berliner Getreidebörse vom 11. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse lagen am Freitag die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte für Weizen um durchschnittlich 4 Mark, für Roggen um 2 bis 3 Mark höher. Im Verlaufe der Börse trat jedoch eine starke Abschwächung der Tendenz ein, sodass bei den Schlussnotierungen die anfänglichen Preisgewinne wieder bis auf geringe Reste verloren gingen. Im Handel mit effektiver Ware wurde das Angebot an Weizen, das vormittags noch ziemlich stark war, zum grossen Teil wieder zurückgezogen. So konnte auch hier zunächst eine Befestigung einsetzen, die sich im weiteren Verlauf der Börse gleichfalls ziemlich abschwächte. Roggen dagegen konnte seine festere Stimmung bis zum Schluss ziemlich behaupten. Am Mehlmarkt war die Stimmung für Weizenmehl etwas fester geworden, ohne dass die von den Mühlen beabsichtigte Preiserhöhung durchgesetzt werden konnte. Roggenmehl dagegen erzielte etwas höhere Preise bei normalem Konsumgeschäft. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war gering, die Nachfrage besser und vielfach liessen sich etwas höhere Preise durchsetzen.

	<u>10. September</u>	<u>11. September.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 216	218 - 220
Roggen	176 - 178	179 - 181
Neue Wintergerste	152 - 160	152 - 160
Hafer	135 - 144	135 - 144
Weizenmehl	26,00-32,50	26,50-32,75
Roggenmehl	24,20-26,75	24,50-27,10
Weizenkleie	11,50-11,80	11,50-11,80
Roggenkleie	9,50- 9,80	9,50- 9,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 235 bis 233 Brief (Vortag 230 $\frac{1}{2}$), Oktober 232 - 229 $\frac{1}{4}$ (228 $\frac{1}{2}$), Dezember 233-230 (229), Roggen September 195 - 193 (192), Oktober 193 - 191 (191), Dezember 193 - 190 $\frac{1}{2}$ (191), Hafer September 150 - 149 Brief (149), Oktober 148 (149 $\frac{1}{2}$), Dezember 151 - 148 $\frac{1}{2}$ (150).

Berliner Viehmarkt.

(11. September 1931)

SPD. Während auf dem Kälbermarkt bei genügendem Angebot und bei ruhigem Handel die Preise in allen Klassen nachgaben, war der Schweineauftrieb gering. Der Handel ging glatt vonstatten. Besonders gesucht waren schwere, fette Tiere. Die Preise zogen beträchtlich an. Einen starken Preisrückgang gab es auf dem Hammelmart, wo das Angebot stärker war. Die Preisabschlüsse auf dem Rindermarkt, wo das Angebot im grossen und ganzen genügte, hielten sich in Grenzen.

Notierungen: Schweine: a über 300 Pfund - (57), b. 240 bis 300 Pfund 57-58 (55-57), c. 200 bis 240 Pfund 56-57 (52-56), d. 160 bis 200 Pfund 53-55 (49-53), e. 120 bis 160 Pfund 48-51 (46-48), Sauen 50-52 (48-50), Kälber: b. 45-54 (48-57), c. 42 bis 52 (45-55), d. 30-40 (33-43). Schafe: a 40-42 (47-48), b. 42-45 (46-50), c. 36-40 (40-44), d. 20-33 (28-35). Kühe: a. 30-34 (30-34), b. 24-28 (24-28), c. 20-23 (19-23), d. 15-18 (15-18).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 11. September 1931.

Der Zehnte.^x

SPD. "So ist es, Signore, und wir wollen uns nichts vormachen: Die Kleine müssen bluten, wenn die grossen Herren ihren Bock geschossen. Wie? - Ich soll austrinken? Gern! Aber ich sage es Ihnen, Herr, ich hab' keinen Peso, keine Mark, wie man's hier in Hamburg nennt, in der Tasche. - Setzen? - Ja, natürlich; warum sollen wir uns nicht setzen? Man trinkt zu viel, wenn man so an der Theke herumsteht."

Wir setzten uns, und der Wirt stellte die dampfenden Groggläser auf unsern runden Tisch.

"Falsch geraten, Herr! Ein Fünfziger soll ich sein? - Mitte Dreissig bin ich, eben über den Äquator, ja. Ach so, mein Haar? Ja, das ist wohl weiss geworden an den Schläfen; stimmt; aber wenn Sie vor den Gewehrläufen gestanden. Ich kann's immer noch nicht fassen, Signore, dass ich in Hamburg bin."

Ich sagte ihm, dass auch ich einmal Soldat gewesen und wohl wisse, was es heisst, ins Mündungsloch dort drüben zu starren.

"Einmal Soldat!" Er lachte, als hätt' ich einen Witz erzählt. "Ich war's zweimal, Herr! Im Krieg und im sogenannten Frieden. Und ich kann Ihnen sagen, dass das zweite Mal das Schlimmste war, trotzdem ich doch beim ersten auf Mine suche vor England war und anno 16 am Skagerrak."

Ich hielt ihm mein Zigarettenetui hin, zur Versöhnung. "Damned Sir, englisch he? - Ich bin so frei. Die letzten raucht' ich am Feuerland, September 14, als wir den "Robby" auf Kontrebande untersuchten und ihn dann versenkten. Ha, die ganze Besatzung hatten wir an Bord. Engländer und Chilener und Spanier Besatzung und Passagiere. Wir waren der reinste Völkerbund auf unserm Kaperdampfer. Aber als wir dem "Robby" zwei Granaten in die Backbordseite geknallt, da merkten wir, dass wir doch nicht komplett waren. Einen hatten sie vergessen. Der lag in seiner Koje und schlief den Malariaschlaf. War krank, obgleich er doch der Schiffsarzt war, und hatte von allem nichts gemerkt. Hiess Doktor Perrasquez, was ein verrückter Name ist, aber ich hab' ihn nicht vergessen. Ja, Sir, da sackte nun der "Robby" ab, und an der Reeling stand der Doktor, grad' so, wie er aus dem Bett gekommen. Er schrie wie der Teufel, und wir konnten nicht zurück zu ihm, denn gleich musste der englische Kasten zu den Haien gehen. Schliesslich fasst sich der Kerl ein Herz und springt über Bord. Die See ging hoch, und es gehörte schon Kourage dazu, aber geholfen hätt's ihm auch nicht. - Natürlich setzten wir ein Boot aus, ich war selbst darin, und Rettungsringe warfen wir wie Bierdeckel."

Zur Unterstützung seiner Rede liess mein Gast ein paar der Pappscheiben auf unserm Tisch in die Richtung des Schanktisches schwirren.

"Ja, Sir, so war es. Aber greifen konnte der Doktor keinen. Er trieb ab, war verloren und schrie mit letzter Kraft: "Hilf, Mutter Gottes!" - Herr, ich bin kein Katholischer, und die Religion... da müsst' man auch mal drüber reden; aber er hatte es deutsch gerufen. Weiss der Teufel, wie er darauf kam, Da bin ich aus unserm Boot gesprungen. Hab' nicht geglaubt, dass ich ihn an Bord kriege; 's ist aber gelungen. Na, und dann brannt' ich mir eine von den Englischen an, von denen sie sagen, dass sie voll Opium sind, was aber Unsinn ist, Herr."

Der Wirt stellte zwei neue Gläser auf unsern Tisch; er mochte das Bier-

deckelbombardement als Bestellung genommen haben.

"Aber wollt' ich denn das erzählen, Herr? Von meinem Haar, das weiss geworden, sprachen Sie doch, nicht wahr, Signore? - Das ist noch nicht lang' so. Das haben die da unten gefärbt; die da, tausend Meilen hinter Mexico. Die einen regieren, und die andern revoltieren. Das ist überall dort so, Herr, wo Sie auch hinkommen. Ich ging zu denen, die grad' an der Macht waren. Fragen Sie nicht nach Namen, Herr, ich bring' sie doch durcheinander. Ja, wurde also Deckoffizier auf der "Donna Margareta", denn wenn der Deutsche auch seinen Kinnhaken bekam, anno 18, man nimmt ihn doch wieder gern, wo's nach Pulver riecht. Das soll schon früher so gewesen sein, hab' ich mir sagen lassen. 's war ein feines Leben, Signore; das dürfen Sie mir glauben. Das reinste Sanatorium für einen, der's von der Kaiserlichen Marine her anders gewöhnt war. Auch als es hiess, es sei Revolution und die Regierung würde gestürzt, hat uns das die Laune nicht verdorben. Uns war's gleich, wer uns die Löhnung zahlte. Wir lagen auf der Reede und hatten die Geschütze auf die Stadt gerichtet, und als unser Käpten zu feuern befahl, jagten wir unsre Sieben-Komma-Fünf auf den weissen Kathedralenturm. - Hätten Sie's anders getan, Signore? Das ging drei Tage gut. Dann aber surrten Flieger über uns, und wenn auch die meisten ihrer Bomben ins Wasser flogen, eine traf doch am Heck, und zwölf Kameraden lagen da - tot und zerrissen. Wir mussten die weisse Fahne hissen, und der Käpten und seine Offiziere fuhren an Land, um mit der Regierung zu verhandeln. "All right" sagten sie, als sie zurückkamen, aber sie sagten's in ihren eignen Kauderwelsch denn all right, das ist Englisch, und das kann nicht jeder, aber Sie verstehen es, Sir, nicht wahr?

Wir haben nur gelacht, als die Andern an Bord kamen und uns die Hände auf den Rücken banden und uns in die Boote stiessen. Sie wollten sich wohl gross-tun als Sieger; das konnte man ihnen nicht verargen, wie, Herr? - Aber dann war es plötzlich da, das Gerücht, und einer sagte es dem andern: Jeder Zehnte wird erschossen. Signore, ich hab' nicht die Nerven verloren. O, nein. Einmal glaubt' ich's nicht, und dann - wer sagte denn, dass ich der Zehnte sein müsste Neun zu eins, die Wette halt' ich.

Sie haben da ein Campo bei der Stadt, Sir, was soviel ist wie ein Feld, und da bracht' man uns hin, und dann wurden wir aufgestellt in zwei langen Reihen. Ich weiss nicht, wie sie's gemacht haben, aber jeder zehnte Mann, das war kein Einheimischer, das war einer von jenseits der Grenze, und die zwei, die wirklich von ihren eignen Leuten waren, die hatten schon vorher gesessen, wegen Diebstahl und Schlägerei.

Immer fünf von uns wurden vor die Pfähle geführt, und dann krachte die Salve, und sie sanken zusammen. Ein Arzt war dabei; der schaute nach, ob wirklich auch alle tot waren, und wenn einer noch zuckte, gab ihm der Leutnant, der neben ihm ging, aus dem Revolver den Gnadenschuss.

Ja, Sir, und dann hat man mich vorgestossen, zusammen mit vier andern, und nun wusst' ich, jetzt ist's vorbei. Ich hab' die Augen geschlossen und wollt' etwas denken, aber da stürzt ja alles durcheinander. Da weiss man nichts mehr. Und mit eins, da spricht wer zu mir, spricht in deutscher Sprache, Sir, und wie ich die Augen aufreiss', da ist's der Doktor Perrasquez, den ich damals vor den Haien bewahrt, als der "Robby" absackte. "Verzählt!" ruft er und ruft es deutsch, was doch keiner verstand, und dann sagt' er's noch einmal in seiner eignen Sprache, die schwerer ist als Englisch, Sir, das dürfen Sie mir glauben.

Als sie mich losbinden, sink' ich um wie ein Sack und werd' erst wieder wach in einem weissen Bett, und der Doktor steht vor mir, und ich weiss, ich bin gerettet. Er hat mir auch das Ticket gekauft zur Ueberfahrt nach Hamburg, Herr; aber die weissen Haare am Schädel, die hat er nicht wieder braun malen können; nein, Herr.

Auf meine Gesundheit, Sir? Gern, aber, wenn ich es sagen darf, einen guten Bissen würd' ich auch nicht verweigern. Es sind jetzt vierzig Stunden, Signore, dass ich nichts in den Leib bekommen...."

Roland Marwitz.

Der unheimliche Fahrgast.*

SPD. Es war tiefdunkle Nacht, als der Schnellzug auf einer kleinen Station hielt. Ermüdet und halb verschlafen bemühte ich mich, durch die vom Fensterschweiss triefenden Scheiben zu blinzeln. Unter all den vielen Reklamschildern, die diesen Vorortbahnhof der Millionenstadt schmücken, war der Stationsname nicht zu erkennen. Türen wurden heftig zugeschlagen; der Zug setzte sich wieder in Bewegung.

Ein grosser Herr, mit wildglänzenden Augen in dem schmalen Gesichte, trat in mein Abteil. Mit der ganzen Schwere seines Körpers liess er sich auf einen Sitz mir gegenüber nieder. Unausgesetzt schien er mich zu beobachten, nervös und unruhig seine rechte Hand von der Stirn zum Kinn führend. Ich lehnte mich zurück, ohne weiter Notiz von dieser unangenehm aufgeregten Persönlichkeit zu nehmen. Öffnete ich jedoch ab und zu schwach die Augen, so sah ich fast unbeweglich die Augen des Fremden auf mich gerichtet. Dies Benehmen des unruhigen Fremden schien mich immer mehr irritieren zu wollen, denn ich glaubte feststellen zu können, dass der Physiognomie des Fremden die Unruhe und sichtliche Aufgeregtheit von Natur garnicht eigen war.

Mit erzwungen ruhiger Geste bemühte er sich, eine Zigarette anzuzünden. Ein scharfer und süsslicher Rauch wehte mich an. Immer noch fühlte ich die Augen des Unbekannten auf mich gerichtet. Was will er denn; ho, so leicht lass ich nicht mit mir Schlitten fahren, dachte ich und bereitete mich ganz unbewusst auf irgendeine Ueberraschung vor. Wie und was das sein sollte, noch wusste und ahnte ich nichts. Nun gut, es mag auch ein Kranker sein. Warum sollte es gerade ein Rechtsbrecher sein! Ich kam mir lächerlich vor mit meinen Gedanken über diesen unruhigen und zappeligen Kerl. Jetzt war er schon ein "Kerl" für mich, denn ich hatte gehofft, ungestört und allein im Abteil an mein Reiseziel zu gelangen, und nun störte mich dieser "Kerl".

Ich erhob mich unruhig und ging nach der Abteiltür, die auf den Gang des D-Zug-Wagens führte. Der Fremde verfolgte mich mit scharfem Blicke. Eben wollte ich die Tür öffnen, als der Fremde plötzlich aufsprang und entschlossen, ohne Erregung, sagte: "Sie werden hier bleiben!" Mehr entrüstet als erstaunt sah ich ihn an und erwiderte ruhig: "Wollen Sie die Tür freigegeben?"

Seine wild erregten Augen starrten mich an. "Sie werden sich setzen, sofort..." langsam, ohne Hast, wie ganz selbstverständlich, zog er eine Schusswaffe: "Nehmen Sie Platz!"

"Und was werden Sie tun, wenn ich Sie jetzt niederschlage?" fragte ich interessiert, wie auf alles gefasst.

"Mein Herr, die geringste Bewegung, und Sie sind erledigt. Es tut mir leid. Aber mir bleibt keine andre Wahl. Nun - - setzen Sie sich, sofort!"

"Wissen Sie, dass dieses Abenteuer einen unangenehmen Ausgang für Sie haben wird? Sie können sich ja denken..." Hastig unterbrach er mich: "Ich weiss, dass Sie mich erkannt haben. Sofort, sofort wusste ich es. Ja, diesen Blick kenne ich - ich weiss, was Sie wollen."

"Na, gut - und was wissen Sie?"

Als müsste er über eine lächerliche Sache berichten, wiegte er seinen Kopf ganz leicht. "Sie wollen mich verhaften lassen. Zum Zugführer wollen Sie gehen, ihm sagen! In meinem Abteil sitzt der Mörder der Bereschky."

"Bereschky - so - ja, aber - Bereschky - eine Frau? - Das alles ist mir völlig neu. Hätten Sie mir das nicht eben gesagt, für den harmlosesten Menschen von der Welt hätte ich Sie gehalten."

Schweigend betrachtete er mich. Ein nervöses Zittern ging durch seinen Körper. Also das sollte ein Mörder sein, den das Rascheln der Bäume, das Geklapper und Geratter des Schnellzuges in Angst versetzt, weil er in all dem die Hetzjagd der Häscher zu spüren glaubt. Dessen Träume erfüllt sind von wilden, rasenden und quälenden Fieberschauern.

"Ja, ja," sagte er, als hätte er meine Gedanken erraten. "Nun wissen Sie es. Ich war unbedacht." Ein Schatten lief über den Gang des D-Zug-Wagens. "Der Schaffner! - Rühren Sie sich, so schiesse ich Sie sofort nieder."

"Aber hören Sie, das wird ganz zwecklos sein. Man wird Sie...."

Seine glühenden Augen starrten mich an. "Dann sind Sie verloren," erwiderte er brüsk. Es war nur ein Fahrgast, der im Gange vorüberging.

Von neuem begann der Fremde: "Sie haben da ein halbes Dutzend Zeitungen, in denen sich mein Steckbrief befindet - mit meinem Lichtbild." Er erhob sich und knipste das Licht aus. Seine Augen funkelten im Halbdunkel des Abteils, und es schien mir, als wollte dieses Augenpaar einen Nerv auf meinem Gesicht entdecken, einen Nerv, der, durch diesen Blick gereizt, töten könnte.

"Sie sehen sich nach der Notbremse um? Geben Sie sich keine Mühe! Rühren Sie sich nicht!" Seine Stimme klang drohend.

Ich nickte: "Ich weiss."

Doch plötzlich ging ein scharfer, klirrender Ruck durch den Zug. Fenster polterten herunter, und die Wagenräder knirschten heftig unter den Bremsseisen. Im Nu war es im Gange lebendig von neugierigen und schwatzenden Fahrgästen. Trocken klang die Stimme des Fremden: "Die Notbremse. Jemand hat die Notbremse gezogen. Ja, wissen Sie, ich weiss, was das bedeutet."

Im Gange gestikulierten einige Menschen aufgeregt. Abteiltüren rollten hin und her. Zwei Männer öffneten die Tür unsres Abteils. Einer knipste das Licht an. "Da ist er."

Hatte ich erwartet, dass dieser Mörder, dieser wilde Fremde, jetzt seinen Revolver erheben und die Eindringlinge niederschiesse würde, so hatte ich mich getäuscht. Die Hände in den Hosentaschen lächelte er den beiden Eintretenden verächtlich zu: "Haben Sie viel Mühe gehabt?"

"Ach was," sagte er eine mit jovialer Sicherheit. "Sie haben eine Dummheit gemacht. Sie haben der Bereschky erzählt, dass Sie diesen Nachtzug benutzen wollten."

Nanu, überlegte ich mir. Bereschky? Das war doch der Name der Ermordeten. Verwirrt sah ich den Fremden an. Ein wenig verlegen blickte er zurück. Dann ging er mit den beiden Männern ab. Einer zwinkerte mir zu: "Haben Sie Angst ausgestanden, mein Herr?"

"Nun - ein Mörder...."

"Ach wo! Ein harmloser Irrer. Von Zeit zu Zeit kriegt er 'n Koller; da weiss Gott, wie er sich den Revolver und das Geld verschafft, - und er renommiert gern damit, er sei ein steckbrieflich verfolgter Mörder. Na ja, er hat eben einen Spleen. Der Revolver übrigens ist nie geladen. - Angenehme Weiterreise!"

Adolf Cohrs.

Totale Mondfinsternis. X

SPD. Ende dieses Monats steht uns ein astronomisches Ereignis bevor, das wieder einmal den Blick der Sternfreunde, und überhaupt aller Naturfreunde, zum Himmel lenken wird. Der Mond tritt in den Schatten der Erde; es ereignet sich eine totale Mondfinsternis. Bei klarem Wetter wird also der Beobachter wieder solch ein schönes Schauspiel geniessen können wie bei der Mondfinsternis am 2. April dieses Jahres. Am 26. September, Abends um 6 Uhr 54 Minuten, beginnt der Eintritt der Vollmondscheibe in den Kernschatten der Erde. Die Totalität der Verfinsternung des Mondes dauert von 8 Uhr 5 Minuten bis 9 Uhr 30 Minuten. Um 10 Uhr 42 Minuten hat der Mond den Kernschatten der Erde wieder verlassen. Die erste Berührung der Mondscheibe mit dem Erdschatten erfolgt links unten, die letzte rechts oben. Bei den Naturvölkern ist das Eintreten einer solchen Finsternis die Ursache seltsamer Gebräuche. Verschiedene

Afrikaforscher berichten, dass die Eingeborenen bei einer Mondfinsternis merkwürdige Tänze mit allerlei Gliederverrenkungen aufführen, während die Zauberer, mit phantastischen Masken verkleidet, unverständliche Gebete murmeln. Die Ursache dieses seltsamen Brauches liegt darin, dass nach der Auffassung vieler Völker bei einer Sonnen- oder Mondfinsternis ein böser Drache das Gestirn verschlingen will. Durch die Tänze und Beschwörungen soll dann der böse Geist vertrieben und das bedrohte Gestirn wieder befreit werden.

Wir modernen Menschen wissen, dass kein böser Drache das Weltall unsicher macht. Erde und Mond sind zwei im Weltenraume schwebende dunkle Kugeln, die von der Sonne beleuchtet werden. Wie jeder beleuchtete Körper werfen sie einen Schatten. Tritt der die Erde umwandernde Mond in den Erdschatten ein, dann haben wir eben eine Mondfinsternis. Dass wir dieses eigenartige Naturschauspiel nicht bei jedem Vollmond erleben, liegt darin begründet, dass der Mond häufig über oder unter dem Schattenkegel der Erde vorbeizieht und ihn dabei garnicht berührt. Nur wenn Sonne-Erde-Mond eine gerade Linie im Weltenraume bilden, kann eine Mondfinsternis entstehen. Seit einiger Zeit ist man in der Lage, die Strahlung des Mondes an verschiedenen Stellen seiner Oberfläche zu messen und dadurch die Temperatur einzelner Mondgegenden festzustellen. Während der letzten Verfinsternis unsres Trabanten sind auf einigen Sternwarten entsprechende Untersuchungen vorgenommen worden, die interessante Ergebnisse geliefert haben. Die Mitte der Vollmondscheibe hatte vor der Verfinsternis eine Temperatur von etwa 130 Grad. Beim Eintritt des Mondes in den Halbschatten der Erde, der erst eine kaum sichtbare Verfinsternis hervorruft, sank die Temperatur der Scheibenmitte bereits bis auf 69 Grad Celsius. Von der ersten Berührung des Kernschattens bis zur totalen Verfinsternis ging die Temperatur der beobachteten Gegend bis auf ungefähr 100 Grad Celsius unter Null herunter, um während der Totalität noch um weitere 20 Grad zu sinken. Nach Beendigung der Finsternis kehrte die Temperatur sehr schnell wieder zur ursprünglichen Höhe zurück.

Diese mit dem sogenannten Thermo-Element angestellten Untersuchungen gewähren einen guten Einblick in die ungemütlichen Verhältnisse auf dem Monde. Durch das Fehlen einer Atmosphäre auf unserm Trabanten schwankt dort oben die Temperatur in einer für Lebewesen unerträglichen Weise. Auch die bevorstehende Mondfinsternis wird bei klarem Wetter wieder eine besonders rege Tätigkeit auf den Sternwarten hervorrufen.

Kreatur.^x

SPD. Als ich auf dem Heimweg war, fing es plötzlich mächtig an zu regnen. Zum Glück erreichte ich bald einen Hauseingang, schüttelte mir die Nässe aus dem Mantel und sah dann auf die Strasse, deren Fahrbahn sich in einen dunkelglänzenden Spiegel verwandelt hatte, von Regenwasser überschwemmt. Es bildeten sich Bäche, die rauschend über die Kanaldeckel stolperten, Wasserfälle, die über Dächer und Balkons herunterkamen und gegen die Wände klatschten, - binnen kurzem triefte alles von Regenwasser.

Die völlig leere Strasse herauf kam ein kleiner, grauer Hund gezottelt, von den Regenböen seitlich getrieben, wie ein Schiff bei hohem Seegang. Ich sah, er hatte Mühe, sich auf den Beinen zu halten. Immer wieder war er nahe daran, einfach umgerissen oder weggeschwemmt zu werden. Er kämpfte sich mit tief gesenktem Kopfe langsam voran. Seine Kräfte schienen beinahe erschöpft zu sein; sie reichten gerade noch, um das Gleichgewicht zu halten.

Als er näher gekommen war, sah ich, dass es ein elender, magerer Hund mit struppigem, grauem Fell war, der schon wochenlang ohne Pflege sein musste. Unter dem durchnässten, am Körper klebenden Haar zeichneten sich die Rippen ab.

Auf dem Rücken waren Höcker zu sehen, als wäre der Leib zwischen den Beinen eingesunken. Vom Schwanz war nur ein kümmerlicher Rest zu sehen. Ich lockte das arme Tier, redete ihm gut zu, - und es blieb auch wirklich stehen, kam ein wenig heran, hob seinen struppigen Kopf und sah mich mit zwei schwarzen, leblosen Augen an, in denen der Kummer vieler Wochen stand, - ach, es waren Augen, die nichts mehr sehen wollten, so voll Einsamkeit, Verstossenseit und Verzweiflung!

Da lockte ich ihn nochmals, hielt meine Hand hin und sprach so gütig als möglich, zeigte das Innere meines Mantels, um anzudeuten, wie schön warm und trocken es darin sei, - jedoch er sah mich misstrauisch von der Seite an, senkte den Kopf und zog sich zurück. Da stand er nun, triefend von Nässe, im dicksten Regen, zitternd, frierend, und getraute sich nicht mehr, zu einem Menschen zu gehen, der ihm wohl wollte! Er senkte seinen kleinen, elenden, zerzausten Kopf, hob seine lahmen, struppigen Beine, die fast versagten vor Schwäche... und ging, ging mühsam weiter, ein wenig rutschend in dem vielen Wasser, schräg vor dem Winde. Ja, er ging weiter; er hatte mich nicht erkannt; er hatte mich mit denjenigen verwechselt, die ihn immer nur schlecht behandelt hatten.

Aber gleich darauf hörte der Regen auf, und die Sonne brach mir warmer Lichtflut aus dem wegfliegenden Gewölk hervor. M.R.M.

----- Die internationale Spielhöhle.X -----

SPD. Tagsüber ist Tanger, die marokkanische Hafenstadt, eine alte orientalische Stadt, die die Spuren vieler Völkerschaften, die sie nacheinander erobert hatten, trägt. Es ist auch die internationale Stadt, in der ein spanischer "tabor" und eine französische Garnison friedlich beieinander hausen, die Stadt mit den vielen Postämtern, dem französischen, dem spanischen, dem englischen und vielleicht noch anderen, wenn man die Geduld hat, die Aufschriften zu entziffern. Tagsüber ist es die Stadt der Gärten und der Schlösser, die teils arabischen Würdenträgern gehören, wie das des M. von Tazi, des Vertreters des Sultans, teils aber Eigentum der Gesandtschaften sind, wie das der italienischen Legation zum Beispiel. Bei Tage ist Tanger eine ganz unschuldige Stadt, in der man spazieren geht, sich die alten Gebäude anschaut, in ein reiches Araberhaus hineinguckt oder sich in einem maurischen Kaffeehause von der Sonne bräunen lässt.

Abends aber beginnt erst das wahre und eigentliche Leben von Tanger. Dann wirft Tanger seine Maske ab und zeigt plötzlich sein wahres Gesicht, das Gesicht eines hundertköpfigen Spielers. Tanger ist nämlich eine internationale Spielhöhle. Ringsum von Tanger herrschen strenge Spielverbote; die französischen und spanischen Protektoren verbieten ihren Protektionsbefohlenen das Spiel. Hier aber, in der internationalen Zone von Marokko, wird das Spiel von niemandem verboten. Hier lebt es sich aus; hier wird es zum eigentlichen Sinn des Daseins und erklärt die scheinbare Ruhe des Tages, die nichts anderes ist als die Erwartung des Abends. Auch am Tage wird hin und wieder gespielt, aber diese Spiele sind bedeutungslos, denn die eigentlichen beginnen erst in der Nacht. Sobald es dunkel geworden ist und die grossen internationalen Hotels ihren Gästen in langen und üppigen Menus alle Spezialitäten des Landes dargeboten haben, erwachen, wie von einem Zauberstabe berührt, die grossen Hallen der internationalen "Kursäle", in denen gespielt wird. Diese Kursäle beherbergen zwar auch Tanzlokale und Kinotheater, aber das ist nur so nebenbei, ganz unbedeutend und nur zum Schein arrangiert. Das einzig Wichtige ist der Spielsaal, wo die Kugel der Roulette rollt und der Ruf der Croupiers erschallt: "Rien ne va plus". Und wo die unverblühte Gier der Gesichter so international ist wie die Spielmünze, die man zum Spiel bekommt gegen jede Währung.

Hier, in diesen Spielhöhlen, wo die Langeweile des Kolonialdaseins aufhört, hier erstirbt die Marokkofrage im Rollen der internationalen Kugel. Franzosen und Spanier verbrüdern sich, und der zugereiste Engländer hört genau so gern das bekannte: "Faites votre jeu, Messieurs!"

In den dunklen und engen Gassen von Tanger sieht man Licht durch die geöffneten Türen fallen, und man weiss: hinter diesen Türen wird ebenfalls gespielt. Welch ein sonderbares Bild bieten aber diese Spielhöhlen der "Eingeborenen"! Im Halbkreis auf Matten sitzend spielen sechs bis zehn Männer Karten, und ihre heissen Augen brennen in den leidenschaftlichen Gesichtern. Sie haben auch die Welt und die Menschen vergessen, und vergessen haben sie wohl auch ihre Gebete und ihren Glauben. Während sie spielen, ergreift jemand ein Instrument, und es erklingt die sehnsuchtsvolle, monotone Musik. Ja, die Araber spielen Karten beim Klange dieser wehmütigen Musik, und wenn wir die engen Gassen dieser sonderbaren Stadt durchheilen und beim Klange der Musik stehen bleiben, so sehen wir überall das gleiche Bild.

Weit draussen aber rauscht das Meer. Ein unendlicher Sternenhimmel, eine sanfte Vollmondnacht. Kaum kann man in einer solchen Nacht an all die Greuel denken, die verübt worden sind im Namen der Gerechtigkeit und im Namen dieser schönen Stadt Tanger, die der Gott des Spieles so vereint, trotz aller Unterschiede verbrüdert, dass man sagen könnte: in dieser Stadt schlagen alle Herzen dem gleichen Gott entgegen, dem Gotte des Zufalls. S.K.

SPD. 60 Jahre Mont Cenis-Tunnel.^X Der Mont Cenis-Tunnel, der vor sechzig Jahren am 17. September 1871- eröffnet wurde, nimmt in der Geschichte der Technik einen besonderen Ehrenplatz ein: Er ist der älteste der grossen Alpentunnel, überhaupt der erste mit Maschinenkraft erbohrte Tunnel. Der Mont Cenis-Tunnel wurde in den Jahren 1857 bis 1870 für die Eisenbahnlinie Turin-Lyon erbaut. Leiter des Tunnelbaues waren die Ingenieure Sommeiller, Grattoni und Grandis und ihr wissenschaftlicher Mitarbeiter Colladon. Der Tunnel durchsticht nicht, wie sein Name vermuten lässt, den Mont Cenis selbst, sondern den 23 km von diesem Bergmassiv entfernten Col de Fréjus. Der Scheitelpunkt des 12,2 km langen Tunnels liegt 1294 Meter über der Meereshöhe; das Gebirgsmassiv steigt noch fast 1700 Meter über dem Tunnel auf. Infolgedessen ist die Gesteins-temperatur im Tunnel ziemlich hoch. 29,9 Grad Celsius wurden als Höchsttemperatur beim Tunnelbau gemessen. Ursprünglich war die Bauzeit des Tunnels auf 25 Jahre berechnet worden; durch die Verwendung von Pressluftbohrmaschinen konnte sie auf 13 Jahre verkürzt werden. Bei dem damaligen Stande der Technik und bei der mangelhaften Kenntnis der Verhältnisse im Gebirgsinneren war der Bau eines solchen Riesentunnels ein kühnes Wagnis, das leider auch manches Opfer gefordert hat. Noch nach der Fertigstellung des Baues erstickten infolge mangelhafter Lüftung bei der ersten Probefahrt zwei Maschinisten im Lokomotivenrauch. - Neuerdings besteht der Plan, den Mont Cenis-Tunnel, dessen Bau seinerzeit 75 Millionen Franc gekostet hat, durch einen in nur 1070 Meter Höhe gelegenen, zehn Kilometer längeren Tunnel zu ersetzen. Die Bahnlinie Paris-Turin würde dadurch um 36 km verkürzt werden.

SPD. Frommer Wunsch.^X Murger, der Dichter der "Bohème", war im Theater gewesen. Als er sich nach Schluss der Vorstellung seinen Mantel zurückgeben liess, betrachtete er ihn von allen Seiten, prüfte den Stoff, ja, schnüffelte sogar daran.

"Ist es nicht Ihr Mantel, Monsieur?" fragte die Garderobenfrau.

"Oh doch", war die Antwort, "aber ich hatte gehofft, es wäre ein anderer."